

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Inertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonne oder deren Raum 50 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Beromnungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (stehende) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellenangebote und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphen-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnement-Preis (beinumerando) Vierteljahr 2.30 Mk., monatlich 1.10 Mk., einschließlich 20 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Postabonnement: 1.10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Jugoslawien, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Ercheit täglich außer Montags.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Dienstag, den 25. Februar 1908.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Der Wahlrechtskampf in Oldenburg.

Der Oldenburger Landtag hat am Freitag den Regierungsentwurf betreffend die Einführung des gleichen, allgemeinen, direkten und geheimen Landtagswahlrechts mit großer Majorität in erster Lesung angenommen. Damit kann die Aenderung des Landtagswahlrechts in Oldenburg als eine abgemachte Sache gelten; denn, wenn auch, da die Wahlrechtsänderung gleichzeitig eine Verfassungsänderung bedeutet, der im Herbst dieses Jahres neu zu wählende Landtag dem Regierungsentwurf ebenfalls zustimmen muß, so ist doch die Möglichkeit, daß die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Landtagswahlrechts in Oldenburg hieran scheitern könnte, so gut wie ausgeschlossen.

Wenn also das kleine Oldenburg dem großen Preußen in dieser Beziehung unstrittig mit einem guten Beispiel vorgegangen ist, so darf man doch den Liberalismus der Oldenburger Regierung und der bürgerlichen Landtagsmajorität nicht überschätzen. Tatsächlich kann man kaum von einer Wahlrechtsreform, sondern nur von einer Wahlrechtsänderung sprechen, da der Regierungsentwurf, sowohl in seiner ursprünglichen, wie in der ihm vom Landtage gegebenen Fassung, mit der einen Hand dreifach nimmt, was er mit der anderen gibt. Oldenburg wird an Stelle des indirekten Wahlrechts das direkte erhalten. Das ist ein entschiedener Fortschritt, aber auch der einzige; und er wird durch eine Reihe rückwärtlicher Bestimmungen aufgewogen.

Das alte Wahlgesetz, das ein Alter von 40 Jahren erreicht hat, gab allen oldenburgischen Staatsbürgern das Wahlrecht; so bestand keine Karenzzeit für jugendliche Angehörige des Deutschen Reiches. Sie hatten sich nur um die Erwerbung des Staatsbürgerrechtes, das ihnen reichsverfassungsmäßig nicht verweigert werden kann, zu bemühen. Der Regierungsentwurf sieht dagegen eine dreijährige Karenzzeit vor. Er verlangt nicht die Erwerbung des Staatsbürgerrechtes, macht aber das aktive wie das passive Wahlrecht von einem dreijährigen ununterbrochenen Aufenthalt im Großherzogtum Oldenburg abhängig. Diese Klausel soll die Arbeiterschaft treffen, und sie trifft diese umso schwerer, als in dem kleinen Oldenburg bei der Nähe Hamburgs, Bremens, Lübecks (für das oldenburgische Fürstentum Lüneburg), Embdens, Wilhelmshavens, Hannovers und Osnabrücks die Fluktuation unter der industriellen Arbeiterschaft besonders stark ist. Der Regierungsvorredner hat sich gar nicht die Mühe genommen, die dreijährige Karenzzeit ernstlich zu begründen. Er sagte einfach, daß die Wähler drei Jahre im Lande wohnen müßten, um die Verhältnisse erst kennen zu lernen, und daß, weil das Gemeindevahlrecht an einen dreijährigen Aufenthalt in der Gemeinde gebunden sei, auch das Landtagswahlrecht von derselben Bedingung abhängig sein müsse. Eine schöne Begründung, nachdem das Wahlrecht 40 Jahre lang an keine Karenzzeit gebunden gewesen ist. Wie sehr diese Bestimmung, die den zugewanderten Deutschen drei Jahre lang rechtlos macht, dem Einheitsgedanken ins Gesicht schlägt, empfindet allem Anschein nach der Staatsminister Billig ebenso wenig wie die bürgerlichen Landboten, die schließlich der Linkliberalen sich die sadenscheinigen Gründe des Ministers zu eigen machten und die dreijährige Karenzzeit für selbstverständlich erklärten. Herr Ahlhorn, der im Reichstage der freisinnigen Vereinigung angehört, gestand sogar, von dem Genossen Jug in die Enge getrieben, offen zu, daß die Karenzzeit gegen die Sozialdemokratie gerichtet sei, und daß der Freisinn ihre Einführung beantragt haben würde, wenn sie nicht im Regierungsentwurf enthalten gewesen wäre. Um wenigstens eine Milderung zu erreichen, hatte die sozialdemokratische Fraktion — sie ist vier Mann stark — den Antrag gestellt, die Karenzzeit auf ein Jahr herabzusetzen. Der Antrag wurde jedoch gegen die Stimmen der Sozialdemokraten glatt abgelehnt.

Eine weitere Verschlechterung plante die Regierung mit der gesetzlichen Festlegung der Wahlkreiseinteilung. Bisher war das Großherzogtum in 18 Wahlkreise mit 40 Abgeordneten eingeteilt. Die Zahl der Abgeordneten für einen Wahlkreis war aber nicht konstant, sondern richtete sich nach der Bevölkerungsziffer. Auf je 10 000 Einwohner kam ein Abgeordneter. Ein städtischer Wahlkreis erhielt demnach, wenn seine Einwohnerzahl sich um 10 000 Personen vermehrt hatte, ohne weiteres einen Abgeordneten mehr. Der Regierungsentwurf wollte nun die Wahlkreise und die Abgeordnetenzahl nach dem Stande der letzten Volkszählung für alle Zeiten gesetzlich festlegen: eine Bestimmung, die natürlich die stark anwachsenden Städte den stagnierenden Landkreisen gegenüber mit der Zeit immer mehr benachteiligt hätte. Doch fand die Regierung bei der Landtagsmajorität für ihr weisses Projekt kein Verständnis. Es wurde vielmehr ein Antrag auf Einrichtung von Einzelwahlkreisen angenommen, d. h. die bürgerliche Majorität zog es vor, die Wahlkreisgeometrie des Reichstagswahlrechts auf Oldenburg auszuweiten. Sie glaubt dadurch die Sozialdemokratie noch besser zurückdrängen zu können, als durch die Annahme des Regierungsvorschlages.

Eine dritte Verschlechterung suchte die Regierung mit der Ersetzung der jetzigen dreijährigen Legislaturperiode durch eine

fünfjährige zu erreichen. Der Landtag bestand aber mit schwacher Majorität auf der dreijährigen Legislaturperiode. Eine Annahme des Regierungsvorschlages scheint jedoch nicht als ausgeschlossen; denn der Führer der Freisinnigen, Abgeordneter Langen, sprach die Bereitwilligkeit der Freisinnigen aus, sich vielleicht über diesen Punkt mit der Regierung bei der zweiten Lesung zu verständigen.

Am kräftigsten zeigte sich indes die spießbürgerliche Rückständigkeit des Freisinn bei der Beratung des zum Wahlgesetzentwurf von der sozialdemokratischen Fraktion gestellten Antrags, das Wahlrecht jedem Deutschen ohne Unterschied des Geschlechts zu erteilen. Die Freisinnigen hatten sogar, damit ja der Regierungsentwurf, indem es heißt, daß jeder Deutsche wahlfähig sei, nicht mißverstanden werden könne, den von der Regierung akzeptierten Zusatz beantragt: „Jeder Deutsche männlichen Geschlechts“. Ramentlich liegen die Freisinnshelden Ahlhorn-Osternburg und Koch-Delmenhorst die ältesten Bedenken der Philisterstammtsche aufmarschieren. Die Frau gehöre ins Haus, die Familie dürfe nicht durch Politik gestört werden usw. Genosse Schulz leuchtete in einer prächtigen Rede den freisinnigen Betrefallenen tüchtig heim; doch nur ein einziger weiser Rabe, der Abg. Vogt-Eutin, wagte es, für das Frauenstimmrecht einzutreten.

Ebenso vergeblich war die Mühe unserer Genossen, das Wahlalter von 25 auf 21 Jahre herabzusetzen. Alle bürgerlichen Abgeordneten stimmten dagegen und der Freisinnige Langen meinte sogar, wenn das Wahlalter geändert würde, dürfte es nicht herabgesetzt werden; es müßte vielmehr heraufgesetzt werden.

Da die bürgerliche Majorität in der Verbalshörung des direkten Wahlrechts durch reaktionäre Klauseln sich fast noch eifriger gezeigt hat als die Regierung, ist an eine Einigung des Landtags mit der Regierung in den paar strittigen Punkten nicht mehr zu zweifeln. Ramentlich der Freisinn hat sich in der Wahlrechtsdebatte in seiner ganzen spießbürgerlichen Geizigkeit gezeigt. Er ist auch in Oldenburg seiner großen Führer Rugdan, Fischbeck, Kopsch und Blemer durchaus würdig. Oldenburg wird also an Stelle des indirekten das direkte Wahlrecht erhalten; aber dieses mit so häßlichen Verknüpfungen verknüpft, daß es kaum als Wahlreform bezeichnet werden kann; es ist nichts als eine Wahlrechtsänderung.

Finanzreform.

Die Agrarier arbeiten in letzter Zeit unermüdet, um den Vlod für eine Finanzreform, wie sie sie meinen, zu präparieren. Was auf der Verammlung des Bundes der Landwirte begonnen wurde, wird in den konservativen Organen eifrig fortgesetzt und dem neuen Reichshofsekretär Herrn Sydow kein Zweifel darüber gelassen, daß er nur durch Einführung indirekter Steuern das Defizit beseitigen darf. Zugleich zeigt es sich, daß der Freisinn, zum Teil wenigstens, bereits so weit ist, indirekten Steuern zuzustimmen zu wollen. Auf eine Anfrage des Vereins der Freisinnigen an der Unterweser hat der Abg. Hornmann folgendermaßen geantwortet:

„Persönlich stehe ich fest auf dem Programm der freisinnigen Volkspartei und lehne daher alle auf Erhöhung der Steuern auf notwendige Lebensmittel gerichteten Vorschläge unbedingt ab. Spiritus und Tabak sind keine notwendigen Lebensmittel, somit könnte der Freisinn, ohne seinem Programm untreu zu werden, einer Erhöhung der Steuereinnahmen aus diesen beiden Konsumartikeln zustimmen, und es fehlt bei uns nicht an Stimmen, die diesen Weg für durchaus gangbar halten. Für meine Person kann ich erklären, daß ich jeden Versuch, auf indirektem Wege das chronische Defizit zu beseitigen, ablehne, und für die Fraktionsgemeinschaft ist als sicher anzunehmen, daß sie einer Finanzreform ohne Eröffnung kräftig fließender direkten Steuerquellen niemals zustimmen wird.“

Aus dieser Antwort geht also hervor, daß freisinnige Abgeordnete für die Erhöhung der indirekten Steuern auf Spiritus und Tabak sind. Herr Hornmann ist aufrichtig genug, zuzugeben, daß auch die Fraktionsgemeinschaft für indirekte Steuern zu haben sein werde, wenn nur gleichfalls irgend eine direkte Steuer als Ausrede für den Verzicht bewilligt wird. Es ist dabei charakteristisch für die kapitalistische Auffassung der Steuerpolitik durch den Freisinn, daß die Ablehnung indirekter Steuern eingeschränkt wird auf die Besteuerung „notwendiger“ Lebensmittel. Der Arbeiter hat eben in der kapitalistischen Gesellschaft kein Recht auf irgend welchen und sei es auch nur den bescheidensten „Luzus“. Gelangt es den gewerkschaftlichen Organisationen, in hartem Kampfe das Einkommen der Arbeiterklasse soweit zu erhöhen, daß im Arbeiterhaushalt auch geringfügige Ausgaben für nicht durchaus nötige Genussmittel erscheinen, so hat der Staat die Aufgabe, durch die Erhöhung der Steuern diesen Luzus sofort einzuschränken, denn der Arbeiter ist nichts anderes als der Träger der Arbeitskraft. Nur so weit die Konsumtion unbedingt erforderlich ist, um seine Arbeitskraft dem Kapital zu erhalten, darf der Arbeiter konsumieren. Darüber hinaus ist seine Konsumtion unproduktiver Luzus. Das ist ein Gedankengang, welcher dem Kapital ebenso selbstverständlich ist, wie der andere, daß Erbschaftssteuer, Vermögens- und Einkommensteuern höchst ungerecht sind, weil sie den Luzus der herrschenden Klassen ein wenig einschränken könnten.

Das Zugeständnis, daß die Liberalen für indirekte Steuern zu haben sind, so weit diese nicht die notwendigen Lebensmittel

der Arbeiterklasse treffen und damit schließlich den Preis der Arbeitskraft für das Kapital erhöhen, ist also vom kapitalistischen Standpunkt aus durchaus konsequent. Es ist auch wertvoll, weil es der Arbeiterklasse klar macht, daß auch die liberale Reaktion der Bourgeoisie der Ansicht ist, daß innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft der Konsum der Arbeiter auf die notwendigen Lebensmittel, zu denen der Tabak schon nicht mehr gehört, beschränkt werden muß. Und es ist schließlich politisch interessant, weil es zeigt, wie innerhalb des Bloks alle kapitalistischen Instinkte mit schrankenloser Brutalität sich ausdehnen.

Erst marschieren!

Die „Volks-Zeitung“ behauptet, daß die Sozialdemokratie den Wahlrechtsfeinden das Spiel erleichtere. Denn: „Die stärkste Partei des Landes, die Sozialdemokratie, ist für eine gemeinsame Aktion auch mit den ehrlichen Freunden eines demokratischen preussischen Wahlrechts nicht zu haben.“ Es werde deshalb heißen: „Getrennt marschieren und vereint — geschlagen werden.“

Wir müssen gestehen, daß uns dieser Rede Sinn wirklich etwas dunkel ist. Die Sozialdemokratie hat doch den „ehrlchen“ Freunden des allgemeinen und gleichen Wahlrechts wahrhaftig nichts in den Weg gelegt, es sei denn, daß die sozialdemokratische Anerkennung den Herren Barth, Breitscheid und Gerlach in den „freisinnigen“ Kreisen derer um Kopsch und Fischbeck geschadet hätte! Und der Vlodfreisinn scheidet ja doch wohl auch für die „Volkszeitung“ aus der ganzen Rechnung aus. Die Sozialdemokratie würde sich ja vor den Barth, Breitscheid und Gerlach, den rücksichtslosen Säulenträgern dieses Freisinn, schämen müssen, wenn sie diesen mit unglücklicher reaktionärer Schmach beladenen Wahlrechtsverrättern nicht ihren Sündenlohn bei Heller und Pfennig auszahlen würde!

Den ehrlichen Freunden einer demokratischen Wahlreform aber wünschen wir natürlich ebenso herzlich Erfolg, wie das nur die „Volks-Zeitung“ vermag. Gelingt es diesen ehrlichen freisinnigen Demokraten, Einfluß auf die freisinnigen Wähler zu erlangen, und sind diese freisinnigen Wähler bereit, vereint mit der Sozialdemokratie zu schlagen, so wollen wir gern mittun. Das hat der „Vorwärts“ doch bereits so oft erklärt, daß es der „Volks-Zeitung“ nachgerade bekannt sein dürfte.

Aber natürlich müssen die ehrlichen Freunde des allgemeinen und gleichen Wahlrechts erst einmal auf der Bildfläche erscheinen. An der Ehrlichkeit des Barth, Gerlach und Breitscheid zweifeln wir nicht; wohl aber an dem Vorhandensein eines in Betracht kommenden Anhangs! Vermögen die paar freisinnigen Außenreiter einen solchen Anhang zu sammeln, so daß ein gemeinsames Schlagen möglich ist, so wird die Sozialdemokratie dazu ebenso bereit sein, wie im Jahre 1903.

Statt melancholische Betrachtungen über ein vereintes Geschlagenwerden anzustellen, sollten die ehrlichen Wahlrechtsfreunde des Freisinn energisch Anhänger für einen ehrlichen Wahlrechtskampf werden und dadurch erst einmal die Vorbedingungen für ein vereintes Schlagen bei der Landtagswahl schaffen. Wir stellen dabei durchaus nicht das Ansuchen an sie, etwa sozialistische Agitation zu betreiben. Umgekehrt aber sollte die „Volks-Zeitung“ auch die Sozialdemokratie den Wahlrechtskampf und Wahlkampf nach sozialdemokratischen Prinzipien führen lassen! Die ehrlichen Freisinnigen brauchen ja die Idee des Klassenkampfes nicht zu propagieren, sie mögen sie sogar, soweit es in ihren Kräften steht, durch die Schaffung einer kampfenstimmigen bürgerlich-liberalen Wahlrechtssphäre zu widerlegen versuchen. Aber sie sollten doch nicht zu verlangen wagen, daß die Sozialdemokratie in einem Augenblicke ihre Prinzipien verleugnet und gegen ihre auf dem Mainzer Parteitag festgelegte Wahlkampfaktivi verstoßt, wo das Verhalten der 99 Prozent des Freisinn gerade so überaus drastisch betwiefen hat, daß das freisinnige Bürgerturn in seiner ungeheuren Mehrheit jeder reaktionären Entwürdigung und jedes Prinzipienberrats fähig ist!

Wenn die ehrlichen Freisinnigen die freisinnigen Wählermassen erst einmal zum Marschieren bringen, brauchen sie sich um das vereinte Schlagen nicht zu sorgen!

Ein Tendenzprozeß.

Paris, 22. Februar. (Fig. Ver.)

Der Prozeß, der auf Antrag des Kriegsministers gegen zwölf Vorstandsmitglieder der Arbeitskonföderation wegen Velleidigung der Armee und Aufreizung der Soldaten zum Ungehorsam angehängt worden ist, bot eine Reihe interessanter Momente. Die Anklage stützt sich auf den Aufsatz: „Die Rörder-Regierung“, den der Vorstand der Konföderation nach dem Wulbad in Narbonne und der Revolte des 17. Regiments erlassen hatte. Der Vorstand setzt sich aus 77 Vertretern der der Konföderation angeschlossenen Verbände zusammen. Aber die Staatsanwaltschaft suchte sich nur zwölf davon heraus, denen sie ohne die geringste Spur eines Beweises eine „Führerschaft“ zuschrieb. Vergebens betonten die anderen 65 in einem gemeinsamen Schreiben ihre Verantwortlichkeit. Der Staatsanwalt stellte sich ihnen gegenüber ebenso taub wie gegen den Protest, den die geeinigte sozialistische

Partei zur gleichen Zeit erlassen hatte und der an Schluß dem Manifest der Konföderation nichts nachgab. Man wollte eben den Eindruck erwecken, daß die Protestaktion nicht das Werk der ganzen organisierten Arbeiterklasse, sondern nur das ihres „antipatriotischen, revolutionär-syndikalistischen und anarchistisch angehauchten Flügel“ sei.

In der Verhandlung waren „Vorwärtsmaßregeln“ getroffen, d. h. die Defensivität vollständig ausgeschlossen worden. Karten wurden nur an „Vorwärts“ der Polizei abgegeben. Die Proteste der Verteidiger blieben unberücksichtigt.

Unter den Angeklagten befanden sich mehrere bekannte Gewerkschaftsführer, wie die Föderationssekretäre Griffuelles und Pouget, Merschman von den Metallarbeitern, Luquet von den Handelsgewerkschaften, der gemäßigteste Beamte Janvion, ein Anarchist, der ebenfalls Redakteur der „Aurore“ war, der Anarchosyndikalist Mounate und andere. Der Staatsanwalt hat so ziemlich die wichtigsten Gewerkschaftsführer ausgewählt, die noch auf freiem Fuß waren. Vielleicht glaubt der Sozialphilosoph Clemenceau wirklich, daß eine aus der Gesellschaftsentwicklung geborene Massenbewegung einfach durch Einsperren der „Führer“ aus der Welt geschafft werden kann.

Der erste Verhandlungstag war mit dem Verhör der Angeklagten ausgefüllt. Der Antrag der Verteidigung, den Prozeß zu verschieben und die Untersuchung durch Einziehung der 45 anderen Unterzeichneten des Manifests zu ergänzen, wurde abgelehnt. Der Staatsanwalt erklärte ungeniert, er habe sich die „Führer“ herausgesucht und werde auch in Zukunft so verfahren. Janvion rief darauf: „Ich bin ein gefährlicher Führer, mein ehemaliger Mitarbeiter Oriand führt mich. Der Advokat Bonzon charakterisierte das Vorgehen treffend mit den Worten: „Der Herr Staatsanwalt spricht wie ein Viehhändler des Angelsports“. Der Sekretär der Konföderation Griffuelles protestierte in geschickter Weise gegen die Methode, die Konföderation als eine Gesellschaft von Plünderern und Raubmännern hinzustellen. In Wahrheit sei sie ein Verband von selbständigen Organisationen zur Wahrung gemeinsamer Interessen der organisierten Arbeiterklasse. Bei der Ausarbeitung des Manifests gegen die Regierung hätten sich alle Mächte in der Verurteilung zusammengefunden. — Bemerkenswert war auch das Verhör des Angeklagten Jean Martin, der Mitglied des Verwaltungsausschusses der gesinnigten sozialistischen Partei ist und den Geschworenen erklärte, daß er, wenn eine Schuld vorliege, doppelt schuldig sei, da er auch das von der Staatsanwaltschaft geschilderte Manifest der Partei unterzeichnet habe, dessen Inhalt mit dem der Konföderation übereinstimme.

Die ersten Zeugen, die vernommen wurden, waren nicht-angeklagte Mitglieder des Konföderationskomitees, die im Namen ihrer Organisationen gegen das Herausgreifen ihrer zwölf Kollegen protestierten und ihre Mitverantwortlichkeit betonten. Die schlichte und würdige Art, wie einer nach dem anderen vortrat und die Solidität seiner Randanien mit den Angeklagten feststellte, machte einen tiefen Eindruck. Es folgten dann die Aussagen von Augenzeugen der Vorgänge in Karbonne. Leute aus den verschiedensten Lebensstellungen schilderten übereinstimmend, wie das Blut des Volkes dort grundlos vergossen worden sei. Der bürgerliche rechtsliberale Deputierte Leroy-Beaulieu betonte, daß die Bürgerbewegung erst von der Regierung begünstigt worden sei. Unschlüssig der Wertung seien die öffentlichen Gebäude besetzt gewesen, die Teilnehmer hätten Fahrgewehre auf der Eisenbahn bekommen. Dann sei plötzlich der Unstuh eingetreten. In Oran, wo die Ruhe gar nicht gestört worden sei, sei der Gefangenenszustand etabliert, landfremde Truppen seien herangezogen worden. Die Revolte des 17. Regiments habe mit der antimilitaristischen Propaganda nichts zu tun gehabt: „Diejenigen, die man „Reuterer“ nannte, mochten verschiedene politische Anschauungen haben, aber alle waren Kinder des Landes und hatten die durch die Meetings hervorgerufene Begeisterung mitempfunden. Aber als man daranging, die Führer jener Bewegung zu verhaften und es sicher war, daß diese Verhaftungen Unruhen hervorzurufen würden, als sie beschränkt wurden, auf Eltern und Freunde schießen zu müssen, da weigerten sie sich, zu marschieren. Das Ergebnis ist schmerzhaft, aber es ist unter den geschichtlichen Umständen zu erklären.“

Der radikale Deputierte Magimbaud erklärte, daß die Sympathien der Bevölkerung des Südens bei den Angeklagten seien. Auch er tabelte die Unterdrückungspolitik der Regierung mit scharfen Worten.

Die Verteidigung ließ den Geschworenen unter dem Titel: Die Ansicht Clemenceaus über Tendenzprozesse einen Auszug aus einem Zeitungsartikel des sehligen Ministerpräsidenten überreichen.

Die Staatsanwaltschaft begann mit einer mit patriotischen Redensarten reichlich aufgeputzten Rede des Staatsanwalts, die indes seine Befriedigung ahnen ließ, daß es mit der Anklage nicht besonders stehe. Er erklärte auch, sich der Zuhilfenahme mildernder Umstände nicht zu widersetzen.

Die Verteidiger erklärten sämtlich das Verfahren für ungesetzlich, da es nur einen Teil der angeblich Schuldigen treffe und wiesen die Behauptung zurück, daß die Angeklagten mit Hervé etwas zu tun hätten. In dem Aufruf sei auch nicht die Spur einer herabwürdigen Theorie zu finden. Sie beantragten die Freisprechung ihrer Klienten. Das Urteil lautete denn auch, wie bereits gemeldet, auf Freisprechung aller Angeklagten.

Marokko.

Interpellation Jaurets in der französischen Kammer.

Die Interpellation des Genossen Jaurets, die am Montag in der Kammer verhandelt wurde, befaßte sich mit dem Darlehen der marokkanischen Staatsbank an Abdül Wiss und mit den Operationen des französischen Expeditionskorps. Jaurets hatte gegen das Darlehen an sich nichts einzuwenden, er fragte aber an, aus welchen Mitteln die marokkanische Staatsbank diesen Vorschlag gewähren werde und wie die Verwendung des Geldes kontrolliert werden würde. Die zweite Frage war, warum General d'Amade nach der Mitteilung, die Mulay Hafid an den französischen Geschäftsträger in Casablanca am 11. Februar gelangen ließ, nicht die Weisungen seiner Regierung abwartete, bevor er die letzte Expedition 80 Kilometer ins Innere unternahm. (Weisung auf der äußersten Linken.)

Der Minister des Auenrichs Pichon bestätigte die Anleihe und erklärte, es sei, namentlich auch nach der Ansicht des französischen Geschäftsträgers in Casablanca, unmöglich, den Auftrag Mulay Hafids an den Journalisten Houel ernst zu nehmen. Hafid predige überall den heiligen Krieg und schicke nahezu seine gesamten Streitkräfte gegen die Franzosen ins Feld. Frankreich könne sich weder auf die ehrgeizigen Bestrebungen Mulay Hafids, die sich gegen seinen Bruder richteten, einlassen, noch vor der scharifischen Auflehnung die Waffen strecken, von der es an der algerischen Grenze in äußerster Be-

drohlicher und heftiger Weise beunruhigt werde. Möge Mulay Hafid doch seine Raids mit Gründen zu uns senden, die gewichtig genug sind, um in Verhandlungen einzutreten.

Die Kammer hat zum Schluß der Debatte, über die noch kein vollständiger Bericht vorliegt, eine Tagesordnung angenommen, in der sie der Tapferkeit der Truppen ihre Anerkennung und der Regierung das Vertrauen ausdrückt, daß sie in Marokko die Verteidigung der Interessen und der Rechte Frankreichs in Uebereinstimmung mit der Algierkonvention sichern werde.

Die Lage in Marokko.

Es liegen folgende Meldungen vor:
Paris, 24. Februar. Jaurets schreibt in der „Humanité“: Seit einem Monat, seit dem unvorhergesehenen Marokko nach Seidat gibt es für die französischen Truppen nichts als Niederlagen und Gefahren. Gegen dieses Häuflein lapbarer Leute, die die Werkzeuge einer unglücklichen Politik sind, hat sich ganz Marokko erhoben. Wenn die Regierung auf diesem Wege fortschreitet, kommt es zur Katastrophe.

Paris, 23. Februar. Die 18-tägigen Kämpfe bei Casablanca haben den Franzosen 33 Tote und 130 Verwundete gekostet.

Paris, 24. Februar. Nach einer Meldung der „Petite République“ aus Tanger ist im Lager von Mulay Hafid der deutsche Konsularagent Rier aus Wroclaw in muslimännischer Kleidung eingetroffen (?) und hatte am ersten Tage mit dem Sultan eine ununterbrochene Konferenz von acht Stunden. Auch am folgenden Tage konferierte er mehrere Stunden mit Mulay Hafid. (?)

Tanger, 23. Februar. (Meldung des Neuterschen Bureaus.) Der Gouverneur von Larache hat Mohammed el Torres mitgeteilt, daß die Bergbewohner drohen, die Stadt anzugreifen, wenn nicht Mulay Hafid zum Sultan proklamiert werde. Der Gouverneur meldet ferner, daß große Wüsterei in der Stadt herrsche, und bittet um sofortige Entsendung von Verstärkungen.

Mazagan, 24. Februar. Der französische Kreuzer „Gallée“ ist vor Agemmur erschienen; die Eingeborenen befürchten ein Bombardement. Der Stamm der Ued Bu Zig hat sich dem Vertreter des Sultans Abdül Wiss unterworfen.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 24. Februar 1908.

Kreisärzte und Hebammen.

Im Abgeordnetenhause wurde am Montag die Beratung des Kautschukgesetzes fortgesetzt. Zunächst unterließ man sich über die Stellung der Kreisärzte. Die Mehrzahl der Kreisärzte ist nämlich immer noch nicht vollbesetzt, sondern verfehlt die Stellung nur im Nebenamt. Daß darunter die Hygiene auf dem Lande leidet, ist erklärlich. Selbst Herr Holle, der doch wahrlich kein Feind der Rechten ist, mußte denn auch zugeben, daß sich heraus vielleicht die höhere Sterblichkeitsziffer des platten Landes erkläre. Diese Bemerkung verschämte natürlich die Herren auf der Rechten und Herr v. Seydewitz bot vergebens an seine Diakonie auf, um das ministerielle Wort abzuschwächen.

Den Abschluß der Debatte über das Medizinärzteswesen bildete eine Besprechung der Lage des Hebammenstandes. Die Regierung hat nämlich 60 000 M. zur Ausgestaltung des Bezirkshilfswesens in den Etat eingestellt. Dem allgemeinen Wunsch auf eine baldige gesetzliche Regelung des gesamten Hebammenwesens begegnete die Regierung mit der Verweisung auf die demnächst stattfindende Landeskonferenz der Provinzialverbände. Sie hofft, daß diese Konferenz einen Ausweg aus allen Schwierigkeiten finden wird.

Dann begann das Haus die Besprechung des Kapitels Universtitäten, wobei der alte Streit zwischen den Liberalen und positiven Christen entstand. Die einen klagen über die Bevorzugung der anderen bei der Besetzung der Professuren.

Das Dreiklassenparlament erledigte in einer Abend Sitzung das Kapitel „Universitäten“. In der Generaldebatte machte der Abg. Wagner (H.) scharf gegen die harmlosesten sozialpolitischen Professoren; er will überall Wendstern, Rosenow verteidigte die Richter gegen den Vorwurf der Klassenjustiz und Weltfremdheit und ging zum freisinnigen Berliner Parteitag, um Wilow hochleben zu lassen. Ein Konservativer namens Hirt toastete auf das Rindvieh und die Veterinäre. Da im Saal noch 16 Abgeordnete waren.

Am 11 Uhr kam die Wahlendorff-Räpkin, der — im Grad — für Kolonialprofessoren redete, endlich dahin gehen, wofür er seinen Schnepfel bestimmt hatte.

Die Agrarier gegen Dernburg.

Die „Deutsche Tages-Ztg.“ erklärt sich kategorisch gegen Dernburgs Kolonialprogramm, namentlich soweit die Schaffung englischer Verwaltungszustände zum Schutze gegen die brutalsten Vergewaltigungen verlangt wird. Die ostelbischen Agrarier ergreifen Partei für die Kolonialagrarier, für die militärischen und bürokratischen Herrenmenschen, die in echter Junkermanier seit zwanzig Jahren in unseren Kolonien drauflosregierten. Das Agrarierorgan schreibt:

„An die Spitze seines Programms über Ostafrika, das Exzellenz Dernburg am 18. Februar in der Budgetkommission des Reichstages entwickelte, hat er den Satz gestellt: „Das wichtigste Aktivum in Ostafrika ist der Stangeborene“. Darin drückt sich die ganze Eigenart Dernburgscher Denkwiese aus und der Kardinalfehler des von ihm aufgestellten Programms. Ja, er rechnet, kalkuliert, läßt Aktivitäten und Passiven aufmarschieren, und dabei überflieht er, daß die Menschen mit ihren Interessen und Leidenschaften keine Zahlen sind. Und er vergißt ganz die Menschen zu werten, sonst wäre ihm vielleicht aufgefallen, daß der ganze ungeheure Apparat in seiner Rechnung eine Ziffer mit einer Anzahl Nullen darstellt, vor der die „1“ steht, die belebende, schöpferische Kraft des Weibes. . . .

„Nun möchten wir aber fragen, ob das Dernburgsche Programm die erhofften Vorteile bringt. Es ist schon glaubhaft, daß nach dem Bohnbau die Schwarzen Exportprodukte anbauen werden; zunächst aber würden lediglich die heutigen Exporte über Ruanda der Bahn Tabora-Darassalam zugute kommen. Die Zollmehrerinnahmen würden nicht so erheblich sein. Zur Verzinsung eines Bahnbaukapitals von 120 Millionen gehören nach dem heutigen Zinssatz aber beinahe 5 Millionen Mark. Das sollen die Exporte der Schwarzen und die Importe für sie hereinbringen. Allerdings soll durch die Ausdehnung der Verwaltung die Einkommensteuer vollständig heringebracht werden; aber sind dazu nicht mehr Beamte nötig? Und werden die Schwarzen, wenn sie bares Geld in die Hände bekommen, nicht bestrebt sein, sich Waffen zu beschaffen? . . .

„Das Jagtjägerrecht des Karawanenführers und Plantagenlethers soll eingeschränkt werden; den Gerichten wird geraten, auch scharf gegen Weiße vorzugehen. Es ist bemerkenswert, daß gegen die Einschränkung selbst die „Rölnische Zeitung“ Front macht, die eben noch gegen Peters heilig gekämpft hat. Es kann sich eben niemand auf die Pläne des Staatssekretärs einlassen, der eingermaßen Verständnis für Massenfragen hat. Die Dernburg-

schen Pläne führen schwerlich zu erhöhten Einnahmen, aber zum Aufstand. Vorteil hätten davon nur die Jnder und die Hamburger Großhändler. So lehnen wir die Dernburgsche Regierung ebenso ab wie sein ganzes Programm. Es muß festgehalten werden an den alten Grundlagen unserer Politik.“

Die Agrarier sind deutlich! Sie sagen brutal heraus, was sie denken! Nicht nur die Börse und die großen Handelsfirmen sollen auf Kosten der Gesamtheit bereichert werden, sondern auch die Plantagenbesitzer, die weißen Händler wollen ihren Reichtum machen. Und der weiße Herrenmensch will auch nicht auf den Gebrauch der Peitsche verzichten, er will jenes Herrenrecht, das er in den Gefilden Ostafrikas nicht mehr unumschränkt ausüben kann, wenigstens den Schwarzen gegenüber schrankenlos betätigen! —

Ein ostpreussisches Reichstagsmandat für Herrn Dr. Dertel.

Der bisherige Reichstagsabgeordnete für den Wahlkreis Angerburg-Löben, Herr Generalaußsichtsdirektor v. Staudy ist seit längerer Zeit an den Folgen eines Schlaganfalls schwer krank. Er hat infolge dessen erklärt, sein Mandat, das er seit circa 30 Jahren inne hat, niederzulegen — auch für den Fall, daß er wieder genesen sollte. In einer kürzlich im Wahlkreise abgehaltenen konservativen Vertrauensmännerzusammenkunft ist nun der Wunsch ausgesprochen worden, als Nachfolger des Herrn v. Staudy den Redakteur der „Deutschen Tages-Ztg.“, Dr. Dertel, das Mandat zu übertragen. Die konservative „Ostpreussische Zeitung“ bestätigt diese Nachricht. Sie erklärt nur, es seien noch keine festen Abmachungen mit Herrn Dr. Dertel getroffen worden.

Roheits- und Sittlichkeitsverbrechen.

Der bayerische Justizminister empfiehlt den bayerischen Staatsanwälten in einem vom „Justizministerialblatt für das Königreich Bayern“ veröffentlichten Erlass, alle Roheits- und Sittlichkeitsvergehen mit unumschätztlicher Strenge zu verfolgen. In dem Erlass heißt es:

„Es wird häufig darüber geklagt, daß gegen Personen, die der Verübung roher und unzüchtlicher Handlungen schuldig gesprochen werden, auf zu milde Strafen erkannt werde. Die Klagen beziehen sich hauptsächlich auf Fälle der Verübung solcher Handlungen gegen Frauen oder Kinder und namentlich auf Fälle, in denen die Tat unter Mißbrauch eines Abhängigkeitsverhältnisses verübt wurde. Zu ihrer Nachbesserung wird auch auf die verhältnismäßig schweren Strafen hingewiesen, mit denen oft geringfügige Eingriffe in fremde Vermögensrechte geahndet werden. Die Entscheidung darüber, welche Strafe in einzelnen Fällen angemessen ist, steht zwar den Gerichten zu, das Gesetz räumt aber der Staatsanwaltschaft das Recht ein, durch Anträge und Ausführungen auf diese Entscheidung einzuwirken. Hiervon den rächtigen Gebrauch zu machen, ist die besondere Pflicht der Staatsanwaltschaft.“ —

Einer Verschärfung der industriellen Wahlkreise an das Unternehmertum.

redet der christlich soziale Abgeordnete Franz Wehrens das Wort. Der Mann empfindet es als einen „erheblichen Mangel“, daß die „deutsche Montanindustrie und ganz besonders der Bergbau im Reichstage ungenügend vertreten sei.“ Damit will der christlichsoziale „Arbeitervertreter“ nicht etwa sagen, daß zu wenig Berg- und Hüttenarbeiter als Abgeordnete im Reichstage sitzen. Nein, seine Sorge ist anderer Art. Sein Bedauern gilt würdigeren Helsen; er meint, daß das Unternehmertum, soweit die Montanindustrie in Betracht kommt, ungenügend im Reichstage vertreten ist.

Herr Wehrens schreibt nämlich in der christlichsozialen Wochenchrift „Die Arbeit“, zwar seien von den Arbeiterführern im Reichstage hier in der Bergarbeiterbewegung tätig und ständen ihr sehr nahe (Sachse, Hue, Wehrens, Giesberts); aber von den beiden Sozialdemokraten könne man doch nicht sagen, daß sie den Interessen der Bergindustrie blieben, und den beiden anderen fehle hierzu meist das Material, da die Unternehmer es ablehnten, mit Arbeiterführern sich zu beraten. So bestünde heute „der Mangel, daß der Ruhrbergbau durch keinen einzigen Werkvertreter im Reichstage vertreten ist.“

„Im Interesse der Vertretung des deutschen Bergbaues“, meint Herr Wehrens, ist aber eine sachmännische Vertretung im Reichstage notwendig. Aber ebenso notwendig ist sie auch im Interesse der Arbeiter und der Nationalwirtschaft. Ebenso gut wie christlichsoziale Arbeiter des Saarreviers des Grobindustriellen v. Schaubert in den Reichstag gesandt haben, würde dies auch im Ruhrrevier möglich sein, wenn die maßgebenden Faktoren des Ruhrbergbaues das alte unmögliche Schisma aufgeben würden und als praktische Menschen sich auf den Boden der gegenwärtigen Konstellation und der vorhandenen Situation stellten. Der Arbeiter von heute wählt nicht mehr bedingungslos.“

Die Berg- und Hüttenleute Hue und Sachse gelten also für Herrn Wehrens nicht als sachmännisch und sachverständig; auf diese Eigenschaften können nur die Herren Stinnes, Thyssen und Krupp von Vohlen-Isoldach Anspruch machen. Und wenn die Gewaltthäter von Schlot und Schacht Leuten wie Wehrens und seinen christlichsozialen Gesinnungsgenossen nur ein wenig freundlicher entgegenkommen wollten, dann gibt Herr Wehrens für das Ruhrrevier bei den nächsten Wahlen die Parole an: „Nach die Werkvertreter!“ —

Der sozialdemokratische Schiedsrichter.

Auf Beschluß des Oberlandesgerichts Raumburg ist der Genosse Haupt in Raumburg seines Amtes als Schiedsrichter entlassen worden. Genosse Haupt wurde im Herbst v. J. von der Stadtverordnetenversammlung zum Schiedsmann gewählt. Der Landgerichtspräsident bestätigte die Wahl, und Haupt übte sein Ehrenamt einige Monate lang aus. Zu Anfang dieses Jahres erhielt er plötzlich eine Vorladung vor den Landgerichtsdirektor Schmutz, der ihn zu veranlassen suchte, sein Amt niederzulegen, da sich nach der Beschäftigung herausgestellt habe, daß Haupt gerichtlich vorbestraft sei. Genosse Haupt weigerte sich, dem Verlangen nachzukommen. Er erklärte, daß die Stadtverordneten von seinen Vorstrafen Kenntnis gehabt hätten. Die Vorstrafen habe er sich übrigens in politischen Kämpfen zugezogen; sie seien nicht ehrenrühriger Natur.

Vom Landgerichtsdirektor wurde darauf beim Oberlandesgericht Raumburg die Amtsenthebung Haupt's beantragt auf Grund des § 9 der Schiedsmannordnung, der die Amtsenthebung enthält, daß ein Schiedsmann „auch aus anderen erheblichen Gründen seines Amtes entlassen werden“ kann. Das Oberlandesgericht erkannte auf Amtsenthebung, denn es sei nicht anzunehmen, daß ein Schiedsmann mit diesen Vorstrafen das für sein Amt erforderliche Vertrauen der Parteien genießen wird.“

Die lister Staatsanwaltschaft hat gegen Genossen Hofner und drei andere Genossen, die sich am 12. Januar an der Wahlrechts-

demonstration in Lissabon beteiligt haben, Anklage wegen Landfriedensbruch erhoben.

Gleichzeitig haben drei Vorstandsmitglieder des sozialdemokratischen Vereins ihre Entlassung aus ihrem bisherigen Arbeitsverhältnis erlassen. Einer derselben gehört mit zu den Kugelgenossen.

Stadtverordnetenwahltag in Kassel.

In Ergänzung unserer ersten Meldung wird uns aus Kassel geschrieben:

Es ist unseren Genossen gelungen, den Bürgerlichen im ersten Wahlgang sieben freigesprochenen Mandats der dritten Abteilung abzunehmen und damit die Zahl der sozialdemokratischen Vertreter im Stadtverordnetenkollegium der hessisch-preussischen Residenzstadt auf insgesamt 11 zu steigern.

Die Stimmengahlen, die auf die gewählten sozialdemokratischen Kandidaten entfallen sind, betragen 2868, 2972, 2065, 2063, 2583 und 2563. Die beiden letzten Zahlen betreffen Erbschaften. Abgestimmt haben während der dreitägigen, lebhaften Wahlkampfzeit 612 Wähler, gleich 85 Proz. der Wahlberechtigten. Die Steigerung unserer Stimmzahl ist eine recht erfreuliche; 1904 entfielen auf die sozialdemokratische Liste circa 900 Stimmen, 1906 mußerten wir circa 1700 Wähler, um jetzt trotz des erheblichen Abzuges von wahlberechtigten Bauarbeitern infolge der schlechten Konjunktur auf durchschnittlich 2000 Stimmen zu gelangen. Von den bürgerlichen Kandidaten, deren es trotz der trübseligsten Einigungsversuche der Reichsverbände nicht weniger als 15 gab, haben nur zwei mehr als 2000 Stimmen erhalten; die anderen blieben erheblich in der Minderheit. In dem fast nur von Beamten bewohnten Vorort Wehlheiden, der vor einigen Jahren eingemeindet worden ist, aber in diesem Jahre noch einmal einen selbständigen Wahlbezirk bildete, erhielt unser Kandidat diesmal 305 Stimmen gegen 217 im Jahre 1906.

Ueberhaupt bedeutet der erfolgreiche Ausgang der Wahl eine vollkommene Niederlage des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie. Dieser extremen Partei, die in der Beamtenstadt Kassel einen so großen Einfluß besitzt, daß selbst zahlreiche Geschäftskreise wider Willen ihr zu Diensten sein müssen, hatten die bürgerlichen Interessenten die Führung der Wahlgänge übertragen, und daß auch bei dieser Gelegenheit von den Hochherren mit Lüge und Verleumdung gegen uns gearbeitet worden ist, braucht kaum besonders bemerkt zu werden. Die unglücklichsten Geschichten über angebliche sozialdemokratische Mißwirtschaft in Gewerkschaften, Krankenkassen und Konsumvereinen wurden von den bürgerlichen Zeitungen auf Geheiß des Reichsverbandes veröffentlicht. Offenbar und seine frühere sozialdemokratische Mißwirtschaft mühen besonders herhalten.

Doch selbst diese unläutere Kampfesweise des Reichsverbandes hat den sozialdemokratischen Sieg nicht zu verhindern vermocht. Die Arbeiter haben ihre Schuldigkeit getan und dem Reichsverband einen herben Denkzettel verabfolgt.

Die Wahlen wurden von unserer Partei wesentlich im Zeichen kommunaler Steuerfragen geführt. Daß die bürgerliche Mehrheit im letzten Vierteljahr außer der Erhöhung der Einkommen- und Gewerbesteuer sowie der Gebühren, die Bürgerpflicht auch noch mit einer Schenkungssteuer, Villetz- und Lapidarsteuer beglückte, eine recht bedauerliche Werkzeugverschwendung und geradezu glatt ablesbar, dieser Umstand hat die Wähleranten unserer Partei ohne Zweifel erheblich gefördert.

Es geht vorwärts!

Neuregelung der bayerischen Beamtengehälter.

Dem Landtage ging eine Denkschrift über die Neuregelung der Diensts-, Gehalts- und Pensionsverhältnisse der Staatsbeamten und Staatsbediensteten zu. Danach sollen vom 1. Januar 1909 ab 50 Gehaltsklassen geschaffen werden, größtenteils mit Stufen von je drei Dienstjahren. Der Mehrertrag beträgt 17.200.000 M. jährlich. Welchen Mehrertrag und gleichzeitig ins Auge gefaßte Aufbesserung der Weislichen und Lehrer erfordert wird, steht noch nicht genau fest, doch wird diese sich auf mindestens 7 Mill. Mark jährlich stellen.

Schweiz.

Drei Gesetze.

Bern, 22. Februar. (Sig. Ver.) Sonntag findet eine wichtige Volksabstimmung über drei Gesetze statt, die die Interessen der Arbeiterklasse auf das härteste berühren.

Die größte Bedeutung besitzt das Antikriegsgesetz, das ein unbedingtes Ausnahmegesetz gegen die Arbeiterklasse ist und die Ausübung des Streikrechts praktisch unwirksam macht. Den Ankob dazu gab der Schreinerstreik in Bern im Frühjahr 1906. Die Regierung verhängte damals den kleinen Verleserungszustand. Im Großen Rat forderten die bürgerlichen Parteien die Vorlage eines Antikriegsgesetzes, und die Regierung kam diesem Verlangen bald nach. Sie dekretierte den Entwurf mit dem Aufpruch eines Einigungsamtes und in dieser Form fand er auch die Zustimmung des kantonalen Parlamentes.

Der Artikel des Gesetzes handelt demnach von den Einigungsämtern und vier von der Streikbeschäftigung. Daß man es bei diesen Einigungsämtern nur mit demagogischen Beiwert zu tun hat, läßt die Tatsache erkennen, daß es im Kanton Bern Gewerbegerichte und Einigungsämter bereits gibt, die erfolgreich wirken.

Die Antikriegsbestimmungen machen die Verleumdung des Streikbrechers zu einem Amtsdelikt, sie werden neben den Geldstrafen, Drohungen und Ehrverleumdungen auch von „erheblichen Verleumdungen“ und schon darauf Gefängnisstrafe bis zu 60 Tagen, in geringeren Fällen Buße bis zu 100 Fr. und gegen Ausländer außerdem Landesverweisung von 2 bis zu 10 Jahren. Öffentliche Versammlungen und Umzüge während eines Streiks können von der Polizei verboten werden.

Demagogische Dekoration ist auch die Bestimmung, daß die Verhinderung der Teilnahme an Streiks durch Drohungen usw. ebenfalls bestraft wird; diese Bestimmung gegen die Unternehmern und ihre Werkzeuge wird ebensowenig gehandhabt werden, als in Deutschland der § 153 der Gewerbeordnung gegen die Unternehmern je Anwendung gefunden hat. Trotz der glänzenden Kritik der Vorlage durch unsere Genossen nahm die kapitalistisch-agrarische Majorität im Großen Rat das Gesetz an. Seitdem haben die Sozialdemokraten eine unermüdliche Agitation entfaltet, um das Gesetz bei der Volksabstimmung zu Fall zu bringen.

Das Arbeiterausnahmegesetz gilt für alle gewerblichen Betriebe, die nicht dem Hofrecht unterstellt sind, auch wenn nur eine Arbeiterin beschäftigt ist, ferner auch für das Ladenpersonal. Neben den üblichen Bestimmungen über Arbeitsräume, Schutzeinrichtungen, Sitzgelegenheiten in den Läden und Lohnzahlung steht es die Arbeitszeit im Maximum auf 10 Stunden täglich oder 60 Stunden wöchentlich fest; die Arbeitszeitverlängerung soll sich auf 60 Tage im Jahre beschränken und für jede Ueberstunde soll ein Lohnzuschlag von wenigstens 25 Proz. gezahlt werden. Neu in der schweizerischen Arbeiterausnahmegesetzgebung ist der Ferienartikel, wonach jede Arbeiterin, die mehr als ein Jahr im gleichen Geschäft in Wochen- oder Monatslohn beschäftigt ist, Anspruch auf zusammenhängende sechstägige Ferien bei Fortzahlung des vollen Lohnes hat; nach zweijähriger Anstellung sollen die Ferien acht, nach dreijähriger zehn und vom vierten Jahre zwölf Tage betragen. In der Praxis dürfte sich

diese Bestimmung als toter Buchstabe erweisen. Die Ueberletzung des Gesetzes wird nur mit Geldstrafen von 2 bis 200 Fr. bedroht; das Gefängnis ist nur für streikende Arbeiter da.

Das Gesetz zur Bekämpfung der Tuberkulose sieht die finanzielle Beteiligung der Staaten an der Errichtung von öffentlichen Anstalten zur Verpflegung tuberkulöser Personen sowie die Ausflutung des Publikums und der Schuljugend über die Maßnahmen zur Verhütung der Schwindsucht vor. Das Gesetz ist gut gemeint, aber die Verhinderung des gewerkschaftlichen Kampfes durch das Antikriegsgesetz hebt im vornherein seine etwaigen günstigen Wirkungen mehr als auf.

Bern, 22. Februar. (Privattelegramm des „Vorwärts“) In der Volksabstimmung des Kantons Bern sind heute alle drei Gesetze angenommen worden.

Sozialistischer Wahltag.

Bern, 24. Februar. (Privattelegramm des „Vorwärts“) Genosse Kaufmann wurde mit 7047 Stimmen zum Bezirksanwalt gewählt.

Frankreich.

Der Spionageprozess.

Toulon, 22. Februar. Der Schiffsführer Himo hat gegen das Urteil des Marinekriegsgerichts Berufung eingelegt.

Wahlwahlen.

Paris, 23. Februar. Bei der heutigen Deputiertenwahl in Paris wurde Ghensi (sozialistisch-radikal) und Bougues (sozialistisch-radikal) in Saint Germain gewählt.

Portugal.

Die einzige Rettung.

Lissabon, 23. Februar. In einer öffentlichen Versammlung äußerten sich Alpoim und mehrere Führer der dissentierenden Parteien günstig über das Berufungsurteil, welches die Politik der neuen Regierung sein müsse. Alpoim ist der Ansicht, die Monarchie könne sich nur dadurch retten, daß sie den Weg der Demokratie betrete. Das gegenwärtige Regime müsse die staatsbürgerlichen Freiheiten garantieren.

Belgien.

Die Kongofrage.

Brüssel, 23. Februar. Die zwischen dem Könige und dem Ministerpräsidenten Scholact eingeleiteten Verhandlungen zum Zweck der Abänderung des Vertrages über den Kongostaat drohen zu scheitern. Entgegen den bisherigen offiziellen Meldungen, nach denen zwischen dem König und Scholact in den Hauptfragen bereits ein Einverständnis erzielt worden sei, wird heute mit aller Bestimmtheit berichtet, daß sowohl bezüglich der Höhe des zum Ersatz der Fremdmans in Aussicht genommenen Leopoldfonds, als auch bezüglich der Liste der damit auszuführenden Projekte des Königs, zwischen diesem und dem Ministerium unüberbrückbare Gegensätze bestehen, welche den König vor einigen Tagen zum plötzlichen Abbruch der Verhandlungen und zu einem Auszug nach Ostende veranlaßt haben, von dem er heute zurückgekehrt ist. Nach dem „Soit“ haben die Minister mehrfach über die Lage beraten und einen Vertragsentwurf ausgearbeitet, der dem Könige zur endgültigen Entscheidung vorgelegt werden soll. Im Falle der Nichtigkeit, wie man fürchtet, nicht darauf einget, sind sie entschlossen, ihre Demission zu geben. Sowohl mit Rücksicht auf den bevorstehenden Schluß der Parlamentssession, wie auf das Verweilen der im Mai stattfindenden Kommunalwahlen wird die Lage allgemein als sehr ernst angesehen.

Die verläutet, beantragt der König, daß sich der zu begründende Leopoldfonds, für den von parlamentarischer Seite 120 Millionen Frank in Aussicht genommen worden sind, bis auf 250 Millionen belaufen soll, und daß ihm die Verwaltung und Verwendung für öffentliche Arbeiten überlassen werde.

Italien.

Rasi verurteilt.

Das Urteil gegen Rasi lautet auf elf Monate und zwanzig Tage Gefängnis und auf Unfähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter für die Dauer von vier Jahren. Lombardo wurde wegen mangelnder Beweise freigesprochen.

England.

Für Kongoreform.

London, 22. Februar. Gestern Abend fand in Osnend Hall eine stark besuchte Versammlung aller politischen Parteien statt, um die Regierung aufzufordern, für eine Reform der Kongoverwaltung zu wirken. Für die Arbeiterpartei sprach Genosse J. H. Macdonald. Die angenommene Resolution lautete: „Wir fordern die Regierung auf, eine deutliche und nicht mißzuverstehende Erklärung abzugeben über die Reformen, die sie beim Uebertrage des Kongofloates in den Besitz des belgischen Volkes eingeführt sehen will. Sie soll in nachdrücklicher Weise ihren Wunsch wiederholen, daß der Kaufschuß, der jetzt maskenhaft aus Kongo ausgeführt wird, nicht mit dem Blute der Neger besetzt werden soll. Die Regierung soll auch nicht zurückweichen, allein für Reformen zu wirken, wenn die übrigen Mächte ihre Mithilfe versagen.“

Die gehaltenen Reden waren ungemein heftig. Der bekannte christlich-sozialistische Missionar der St. Pauls-Kirche, Rev. Scott Holland, sagte, König Leopold schäme sich mit hohen Idealen und verberge das Wesen eines Piraten unter der Maske eines Missionars für Zivilisation.

Erparnisse in — England.

London, 24. Februar. Das Heeresbudget weist eine Abnahme von 9.100 Pfund Sterling auf bei einer Verringerung des Mannschaftsstandes von 6000 Mann.

Dänemark.

Das Kommunalwahlrecht.

Kopenhagen, 24. Februar. Nach längeren Beratungen hat die Gruppe der Rechten im Landtag beschlossen, ihren Mitgliedern freie Hand zu geben bei der am Mittwoch erfolgenden Abstimmung über die zwischen der Regierungspartei und den Freikonservativen abgeschlossene Uebereinkunft betreffend den Regierungsentwurf über die Einführung des allgemeinen kommunalen Wahlrechts für Männer und Frauen, dem die Proportionalwahlmethode zugrunde gelegt werden soll. Man hält es hiernach für wahrscheinlich, daß der Gesetzentwurf vom Landtag angenommen wird. Im Folketing kann die Durchführung als sicher angesehen werden.

Rußland.

Verhaftungen.

Petersburg, 23. Februar. In Jarosloje Gelo wurden zwei als Hoflakaien verkleidete Revolutionäre verhaftet.

Amerika.

Ein Schiedsgerichtsvertrag.

Zwischen den Vereinigten Staaten und Frankreich ist ein Vertrag zustande gekommen, der die völkerrechtlichen Differenzen zwischen beiden Staaten an ein schiedsgerichtliches Urteil bindet. Staatssekretär Root und der französische Vizepräsident Jaurès haben, wie wir damals gemeldet haben, den Vertrag schon vor zwei Wochen unterschrieben; jetzt ist die Zustimmung des Senats erfolgt. Ähnliche Verträge haben die

Amerikaner mit England, Italien, Spanien und Holland abgeschlossen; sie alle bestimmen, daß entstehende Streitigkeiten dem 1890 gegründeten Schiedsgericht im Haag vorgelegt werden müssen. Ausgenommen sind solche Angelegenheiten, welche die Lebensinteressen, die Unabhängigkeit eines der Länder oder solche Fragen betreffen, welche andere Mächte in Mitleidenschaft ziehen. Durch diese Einschränkungen verlieren die Verträge jede größere Bedeutung. Sie sind mehr auf äußere Wirkung berechnet als „Werke zur Erhaltung des Friedens“.

Die Wahlstation.

Huffala, 23. Februar. Aus Anlaß des Geburtstages Washington hielt Kriegssekretär Taft heute hier eine Ansprache, in der er ausführte, die amerikanische Flotte werde mit jedem Jahre mächtiger. Dem Kongress hoffe er, daß er die Flotte zum eigentlichen Kern der Verteidigungsvereinstärkung mache und sie auf eine Stärke bringe, die der Bevölkerung und der Ausdehnung des amerikanischen Gebietes entspreche. Die Verteidigungswerke von Hawaii, den Philippinen und des Panamakanals genügen noch nicht. Die nationalen Verteidigungswerke würden allmählich verbessert und wenn ein Krieg für das nächste Jahrzehnt abgesehen würde, würden sie sich in einer besseren Verfassung befinden als je zuvor.

Nach Taft hielt General Grant eine Rede, in der er erklärte, daß im Falle eines Konflikts mit Japan die Vereinigten Staaten eine Truppenmacht von 1 Million Mann bedürfen, um die Garnisonen der Küste des Stillen Ozeans zu besetzen.

Während da aber Taft die mauritanische Vortrommel rührt, schlägt Roosevelt gleichzeitig die sozialpolitische Laute. Er verlangt in einem Briefe an den Handelsauslaß eine Untersuchung über die Herabsetzung der Arbeitslöhne, die von den Eisenbahnen seit der Reise vorgenommen worden sind. Der Zweck ist, die Eisenbahnarbeiter für die Kandidatur Tafts zu gewinnen.

Soziales.

Ein gefährliche Arbeitsmethode im Baubetriebe.

In Breslau ist bei den Bauhilfsarbeitern ein Arbeitsverfahren eingeführt, das von schlimmen Wirkungen begleitet ist. Dort tragen nämlich die Malt- und Ziegelträger Steine und Mörtel auf dem Kopfe die höchsten Reizen hinauf. Und zwar besteht dort dies System seit 1896, ständig bekämpft von den Arbeitern. Da man nun bemerkt, daß dieses Lasttragen auf dem Kopfe gesundheitsgefährliche Folgen nach sich zog, wandte sich die Organisation der Bauhilfsarbeiter an einige Breslauer Aerzte mit der Frage: Welchen Einfluß hat bei den durchschnittlich 17-25 Jahre alten Arbeitern das Stein- und Mörteltragen auf dem Kopfe? Einer dieser Aerzte ließ sich nun sehr eingehend darüber aus und stellte auf Grund seiner Untersuchungen folgendes fest:

„Es läßt sich nicht bestreiten, daß das gewerksmäßige tägliche Tragen von schweren Lasten auf dem Kopfe, wie es Breslauer Bauarbeiter ausführen, unbedingt hygienische Nachteile hat. Ganz abgesehen von dem Ausgehen der Haare, das, wenn auch gesundheitlich nicht ganz gleichgültig, doch immerhin kosmetisches Interesse beansprucht, ist der Druck der Last auf den Knochen des Schädels, die durch das Aufsetzen der Last auf den Kopf jedesmal bedingte Erschütterung, welche sich bei jedem Schritt, besonders beim Steigen auf den hohen Leitern bemerkbar macht, sehr wohl imstande, auf das Gehirn des Lastenträgers einen irritierenden und auf die Dauer schädigenden Einfluß auszuüben. Diese Schädigungen genau zu bestimmen und festzulegen, forderte eine lange Reihe von Beobachtungen und Forschungen, die bis jetzt nicht vorliegen, daß aber solche Schädigungen vorhanden sind und vorhanden sein müssen, kann man als feststehend annehmen. Zeißt dies schon bei erwachsenen Personen zu, so ist bei jugendlichen, noch im Wachstum begriffenen die Gefahr einer Schädigung noch eine viel größere. Hier findet schon eine Störung des Wachstums des Schädels als solchem statt, denn wenn auch die Schädelsknochen gegen Verletzungen verhältnißmäßig unempfindlich sein mögen als die langen Knochen des Skeletts, so sind doch auch sie gegen dauernden Druck sicher nicht unempfindlich. Daß aber die oben erwähnte Erschütterung des Gehirns, ein jugendliches Gehirn, des noch im Wachstum begriffenen Menschen ungenügend zu beeinflussen vermag, sieht wohl unweigerlich fest. Neurologische, geistige Trägheit usw., können bei dazu veranlagten Menschen leicht die Folgen sein.“

Wird das beschriebene Tragsystem nun endlich beseitigt werden?

Sind die Kosten für einen Krankentransport von der Krankenkasse zu erstatten?

Der Fugler Biergen, ein Mitglied der Ortskrankenkasse für den Kreis Kattowih, war auf Kosten des Ortsarmenverbandes Kottberg nach dem Krankenhaus in Charlott transportiert und dann dort verpflegt worden. Der Armenverband verlangte von der genannten Kasse auf Grund des § 57 des Krankenversicherungsgesetzes Kostenerstattung. Die Kasse kam dem auch hinsichtlich der Verpflegungskosten nach, verweigerte aber die Erstattung der 3 M. Transportkosten. Es kam deshalb zum Rechtsstreit. Der klagende Armenverband meinte, die Kosten des Transportes gehörten zu den Arztkosten. Der Bezirksauslaß wies aber die Klage ab und der 3. Senat des Oberverwaltungsgerichts bestätigte das Urteil mit folgender Begründung: Wenn ein Armenverband einen Kranken nach seinen Grundsätzen behandeln lasse, so habe er allerdings einen Rechtsanspruch an die tragliche Krankenkasse um Rahmen der Leistungen, die der Kranke von der Kasse hätte beanspruchen können, wenn die Kasse in gleicher Weise eingetreten wäre. Die Transportkosten fielen aber aus dem Rahmen heraus, innerhalb dessen die Ansprüche des Unterstigten an die Kasse sich hätten bewegen können. Deshalb sei der strittige Anspruch des Armenverbandes (3 M. Transportkosten) mit Recht abgewiesen worden.

Gewerkchaftlichen.

Berlin und Umgegend.

Gefährliche Lohnbrüderereien und Mißstände bei der U. C. G. Der große Saal der Kronenbrauerei in Alt-Moabit war am Sonntagvormittag wieder einmal voll von Vertretern der Allgemeinen Elektricitätsgesellschaft. Es war eine Betriebsversammlung der Turbinenfabrik und des Signalaubetriebes in der Guttenstraße. Unerträglich Lohnbrüderereien und andere Mißstände, die der Maschinenfirma ebensowenig Ehre machen, hatten die Versammlung notwendig gemacht. Nach dem, was der Referent sagte, was verschiedene Arbeiterausführungsmitglieder und andere Redner ausführten, suchen die Betriebsleitungen und Meister die herrschende Krise demachen gegen die Arbeiter auszunutzen, daß es auf die Dauer auch der Gesellschaft und ihren Aktionären zum Schaden gereichen muß. Denn wenn auch die Arbeiter mit Rücksicht auf die traurige Lage des Arbeitsmarktes im allgemeinen mancherlei Unbill ertragen, so muß doch die Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse notwendigerweise zu einer Herabsetzung der Arbeitskraft und Arbeitsproduktivität führen, und schließlich wird ja auch wieder eine Zeit kommen, wo sie mit um so größerer Kraft die Wochtmittel auszunutzen können, zu deren Anwendung sie sich jetzt nur im äußersten Notfall entschließen. Somit wäre es nicht nur im Interesse der Arbeiter und im Interesse des gesamten Wirtschaftslebens, das ja von der Kaufkraft der Arbeiterschaft abhängt, gelegen, sondern auch im Interesse der Aktionäre, wenn man in der Lohnbrüdererei wenigstens Maß halten würde, falls man sich nicht zu der Nothilfe aufzufingern kann, dergleichen überhaupt zu unterlassen, oder dazu den Arbeitern, was ja noch zweckmäßiger wäre, wegen der ungenügenden Lebensmittellieferung Lohnzulage zu gewähren. Die U. C. G., die ja in manchen ihrer Betriebszweige fast konkurrenzlos dasteht, hat unter der Krise viel weniger zu leiden als andere industrielle

Unternehmer, und daß sie im vorigen Jahre trotz Verminderung ihres Arbeitspersonals um 2000 Mann ihren Aktionären eine nicht minder hohe Dividende als zuvor auszahlen konnte, läßt wohl daran schließen, daß ihre Rentabilität auch jetzt nicht in Frage gestellt wird. Den Arbeitern wäre es sicherlich lieber, wenn sie die Weltfirma vor der Blamage einer öffentlichen Besprechung der Lohnrückstände und sonstigen Mißstände bewahren könnten, doch es wurde in der Versammlung eine solche Menge krasser Fälle angeführt, daß dieses Vorgehen unbedingt notwendig erschien. So wurde aus verschiedenen Abteilungen der Turbinenfabrik angeführt, daß die Alfordpreise von Arbeiten, die früher mit 8 M. bezahlt wurden, auf 2,25 M., bei anderen von 50 auf 30 M., von 115 auf 97 M., von 20 auf 16,50 M. usw. usw. herabgesetzt wurden. Manchmal gelingt es, die Lohnrücklagen durch Verhandlungen etwas abzuschwächen, aber billiger soll immer gearbeitet werden. Zeits geht der Druck von der Direktion aus, teils von den Betriebsleitern, zuweilen sind es aber auch einzelne Meister, die scheinbar der Meinung sind, daß sie ihre Meisterhaftigkeit nicht besser als durch Lohnrückstände beweisen können. So wurde ein Meister erwähnt, der, früher Schmied, jetzt die Dreher des Betriebes zu meistern sucht und auf einzelne Alfordpreise bis zu 30 Proz. abzieht, schließlich, weil es sich seiner Meinung nach um Maschinenarbeit handelt, noch mit einem weiteren Abzug um 10 Prozent kommt. Was im übrigen die Behandlung anbetrifft, so wurde besonders ein Ingenieur Clermont erwähnt, der sich als einer von den Leuten mit höherer Bildung durch einen schneidigen Unteroffizierston auszeichnen soll und offenbar auch den „Vorwärts“ sehr ungerne sieht. Alle, die den „Vorwärts“ lesen, werden ohne weiteres rausgeschickt, soll er sich gehorcht haben. — Als der Referent dies erwähnte, scholl aus der Versammlung der Zwischenruf: „Da kann er uns ja alle rauschmeißen!“ — Ferner wurde ein Meister Barre genannt, der sich erst zu den Leuten aus „besseren Kreisen“ aufhängen möchte, sich den Arbeitern gegenüber durch auffassende Unhöflichkeit, der Direktion gegenüber durch besondere Geschmeidigkeit auszeichnet. Er soll ein sehr schlechtes Gedächtnis für Arbeiternamen zur Schau tragen und, wenn er einem Arbeiter etwas sagen will, ihn nur mit „Ach“, „Ach“ anrufen. Man meinte, es sei mehr angebracht, wenn dieser Meister in seiner Abteilung für bessere sanitäre Verhältnisse, brauchbares Trinkwasser und Beseitigung von Zuständen, die Unfallsgefahren mit sich bringen, sorgen würde.

Die Meister selbst in den verschiedenen Abteilungen sollen darunter zu leiden haben, daß sie das Recht von Einstellung von Arbeitern einem besonderen Bureau überlassen mußten, und daß nun über die Einstellung nicht die Fähigkeit und Tüchtigkeit eines Arbeiters, sondern der Umstand entscheidet, ob er willig sein freies Koalitionsrecht preisgibt und sich dem gelben Verein anschließt.

Die Lohnrückstände, die aus der Signalfabrik berichtet wurden, waren nicht minder groß. Solche Herabsetzungen der Alfordpreise, daß ein Arbeiter trotz größten Fleißes in der Woche 12 M. weniger verdient, als sein Stundenlohn ausmachen würde, sollen hier sehr oft vorkommen, wenigstens es in solchen Fällen mit vieler Mühe gelingt, wenigstens den Stundenlohn ausbezahlt zu erhalten. Das Kalkulationsbureau soll bei den Alfordpreisfestsetzungen in einer Weise vorgehen, die von bedauerlichem Mangel an Fachkenntnis zeugt.

Was von der Tätigkeit angeführt wurde, die man den Arbeitern ausüben darf, ist in dem Bericht gestattet, läßt darauf schließen, daß sie wohl lediglich eine Art Dekoration bilden sollen. Kommt ein Arbeiter sich zu beschweren, so möchten die Betriebsleiter gleich wissen, wer er ist, bei welchem Meister er beschäftigt ist. Verhandlungen über die Demunition eines organisierten Arbeiters durch einen der Gelben lehnte der Direktor Wumenthal, der offenbar von dem Statut des Arbeiterausschusses allzu wenig Kenntnis besitzt, mit der Bemerkung ab: „Das ist nicht Ihre Sache. Sie haben nur die Sache der Allgemeinheit, nicht die der einzelnen Arbeiter zu vertreten.“ — Bewegungsfreiheit wie in anderen Fabriken, ja selbst in anderen Betrieben der A. E. G., ist in dem Werk in der Gutfenstraße den Ausschlußmitgliedern nicht gestattet. Geschieht ein Unfall, wie er leider nur zu häufig vorkommt, so wird der Wohlfahrts-, Sicherheits- und Kantinenausschuß wohl an die Unfallstelle geführt, aber daß die Ausschlußmitglieder sonst einmal in die Betriebe herum gehen dürfen, um Unfallgefahren zu vermeiden, das gibt es nicht. Man sollte sie, wie das in anderen Großbetrieben, z. B. auch bei Ludwig Löwe der Fall ist, mit besonderen Legitimationskarten versehen, damit sie auch wirklich ihrer Aufgabe einigermassen gerecht werden können.

Es ist leicht begreiflich, daß alle diese Mißstände und Lohnrückstände eine starke Erregung in der Arbeiterchaft der A. E. G., Gutfenstraße, hervorgerufen haben, was denn auch in der Versammlung lebhaft zum Ausdruck kam. Einstimmig wurde folgende Resolution angenommen:

Die Versammlung der Arbeiter der A. E. G., Turbinenfabrik, protestiert ganz entschieden dagegen, daß die Direktion die gegenwärtige schlechte Konjunktur dazu benützt, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Arbeiter zu verschlechtern. Im Hinblick darauf, daß die Lebensmittel infolge der bestehenden Gesellschaftsordnung immer teurer werden, ist es um so mehr ein Zeichen von sozialem Unverständnis der Unternehmer, daß sie die Krise auszunutzen, die Verdienste der Arbeiter zu verringern. Die Versammlung erwartet, daß die Direktion den Meistern Anweisung erteilt, die Arbeiter in jeder Beziehung so zu behandeln und die Preise und Löhne so einzurichten, daß keine Veranlassung zu Differenzen gegeben wird.

Die Anwesenden aber verpflichten sich, für die Ausbreitung und Stärkung der freien gewerkschaftlichen Organisation in jeder Weise zu sorgen und, soweit jemand noch nicht organisiert ist, Mitglied des Deutschen Metallarbeiterverbandes zu werden.

Betrübte Sieger

konnte man am Sonnabend im Autowerk der Firma Siemens-Schuckert (Nonnenbamm) sehen. In diesem Tage fand nämlich die Arbeiterauswahl statt. Schon am frühen Morgen wurde vonseiten einiger Obergelehrter eine rege Tätigkeit entfaltet. In beredten Worten wurde in den gelben Flugblättern erlankt, dem „Terrorismus“ der „Roten“ durch die Wahl von „gelben Kandidaten“ ein Ende zu bereiten. Gleich nach 7 Uhr wurde per Telefon auf der Polizeiwache angefragt, man möge die Flugblattverteiler des Deutschen Metallarbeiterverbandes verzeihen oder fesseln. Im Laufe des Vormittags wurden die umfassendsten Maßnahmen zur Wahl getroffen. Allein in der Montage und Dreherei hatte man 3 große Tische nebst tiefen Wahlurnen aufgestellt, um dem kommenden Ansturm der Wählermassen gerecht zu werden. Nachdem an den drei Tischen je ein „Obergelehrter“ nebst einem Bureauangestellten Platz genommen hatten, erklärte das Glodengeld zur Wahl. Stolz und majestätisch sah das Wahlbureau da und wartete der Wähler, die nicht kommen wollten. Dem energischen Wirken der als Wahlvorsteher fungierenden „Obergelehrten“ gelang es endlich, wenigstens die auf der Liste aufgeführten Arbeiterauswahlkandidaten zur Wahlurne heranzuziehen. Es war ein Schauspiel für Witter, anzusehen, daß sogar die Kandidaten erst gewissermaßen gezwungen werden mußten, ihre Stimme für sich selbst abzugeben. Die anfänglich stolz zur Schau getragene Miene der „Obergelehrten“ (Wahlvorsteher) änderte sich zusehens. Dem Erstaunen folgte bald die Enttäuschung, bis der Born die Oberhand gewann und die Wahlvorsteher, nachdem sie eine halbe Stunde lang das Feld behauptet hatten, kurz entschlossen ihre Wahlurnen mit den sieben Stimmzetteln unter den Arm nahmen und ins Bureau schleppten. Nachdem hier ein kurzer Kriegszustand gehalten, erschienen die Helde wieder auf dem Schlachtfeld. Es wurde nunmehr von seiten der Direktion bekanntgegeben, daß der Betrieb mit Rücksicht auf die Wahl eine Viertelstunde eingestellt würde, um jedem Arbeiter Gelegenheit zu geben, sich an der Wahl zu beteiligen. Obgleich nunmehr die Ingenieure und Meister teilweise lebhaft für die Wahl agitierten, wiederum dasselbe Bild wie vorher. Kein Arbeiter ließ sich bewegen zu wählen. „Ja, wollen Sie denn nicht zum Ausbruch wählen?“ riefen die Vorgelehrten verzweifelt. „Nein! Ausschluß

hätten wir nicht!“ erwiderte es einmütig zurück. Und so mußten denn die Wahlleiter wieder mit der Miene des betrübten Lohgerbers, dem die Felle weggeschlommen sind, abziehen.

Das Wahlergebnis wurde am Sonnabend nicht bekanntgegeben. Man schämt sich. Fest steht unabweisbar, daß von den circa 200 Mann im Autowerk höchstens 30 Mann gewählt haben.

Bekanntlich liebt es die Direktion des Autowerk, den Arbeitern gegenüber einen recht brüsen und herrischen Ton anzuschlagen. Der Ausschuh hat dort nur die Rolle eines überflüssigen Dekorationsstückes zu spielen. Aus diesem Grunde hatten die modernen organisierten Arbeiter beschlossen, sich nicht an der Wahl zu beteiligen, und so wurde der Direktion durch diese Demonstration eine kräftige und moralische Ohrfeige erteilt.

Zentralverband der Steinarbeiter. (Kammararbeiter Berlin II.)

Da der „Steinarbeiter“ vom 1. April ab wieder mit der Post zugestellt wird, ist es notwendig, daß jeder Kollege seine Adresse an Kollegen Otto Neu, Stendaler Straße 13, bis spätestens 20. Februar einsendet. Alle später eingehenden Adressen können nicht mehr berücksichtigt werden. Wer am 1. April verzicht, muß gleich seine neue Adresse einsenden. Der Vorstand.

Die Einkassierer in den Abzahlungs- und Nähmaschinen-geschäften sowie bei den Versicherungsgesellschaften leiden unter der schwer einschneidenden Krise ebenfalls in hohem Maße. Die Inhaber der genannten Institute nutzen die Arbeitslosigkeit durch Einstellung sogenannter „Sonntagskassierer“ aus, was wieder die Arbeitslosigkeit unter den Einkassierern verstärkt. Um die Organisierung weniger darunter leiden zu lassen, hat der Transportarbeiterverband für diese eine braune Kontrollkarte anfertigen lassen, die dem Publikum auf Erfordern vorgezeigt wird.

Deutsches Reich.

Die Verschmelzungsfrage der Verbände in der Nahrungsmittel-Industrie.

Der Zentralverband der Fleischer hielt am Sonntagmorgen eine Versammlung im „Rosenthaler Hof“ ab, die als Fortsetzung der Versammlung vom 6. Februar galt. Die Verschmelzungsfrage in der Nahrungsmittelbranche stand wieder auf der Tagesordnung. Für die Verschmelzung der in Betracht kommenden Verbände der Brauer, Bäcker, Müller und Fleischer hatte Konrad Krause gesprochen; jetzt hörte die Versammlung die Argumente der Gegner der Verschmelzung in einem Vortrage von Bergmann. Der Redner meinte, man verspreche sich leicht zu viel von den Wirkungen des Zusammenschlusses der vier Verbände. Da bestünde die Gefahr, daß viel Enttäuschung folgt, daß Mißmut einreißt und daß eine neue Zersplitterung daraus hervorgeht. An die Zentralleitung würden die einzelnen Verbände herantreten und die erste Verächtlichkeit ihrer Interessen verlangen, was leicht zu Streit und Hader führen mag. Wenn die Fleischer, denen es am schlechtesten geht, daraus den Anspruch herleiten, daß ihnen zuerst geholfen werden müsse, könnte man ihnen antworten, daß sie als kleinster Verband nicht den ersten Anspruch haben. Daraus entstehende Bestimmungen könnten die Unternehmer mit Vorteil benutzen, um einen Teil in die Organisation zu treiben; es würde ihnen die Gründung gelber Vereine sehr erleichtert werden. Die straffere Zentralleitung im Industrierivertande könnte hindern wirken auf das selbständige Arbeiten der Verbände, und gerade auf die Tätigkeit der Verbände komme es vornehmlich an, wenn die Organisation der Arbeiter Fortschritte machen soll. Die Vorteile der Vereinigung, die der Redner nicht verkennt, geben zu manchen Bedenken Anlaß. So sagt man, daß man dem Unternehmertum eine geschlossene Front zeigen könne, aber man vergesse, daß auch die Angriffsfläche viel größer wird, die sich den Unternehmern bietet. Die Behauptung, die man so oft hört, daß die Unternehmer viel besser organisiert seien wie die Arbeiter, reisse nicht zu und sei mindestens übertrieben. Und gerade in der Nahrungsmittelindustrie sei von Unternehmerverbänden nicht viel zu spüren, außer bei den Brauereien und zum Teil bei den Mülkern. Nach Ansicht des Redners heißt es, der Entzweiung der Dinge vorgezogen, wolle man heute schon der Verschmelzung zu einem Industrierivertande in der Nahrungsmittelindustrie seine Zustimmung geben.

Die Diskussion über die Angelegenheit wurde vertagt. Die Meldung der Montagblätter, daß der Zentralverband der Fleischer die Verschmelzungsfrage in einem ablehnenden Sinne entschieden habe, ist also falsch.

Die Versammlung hörte auch einen Vortrag von Paul Wlad über „Die Arbeitslosigkeit in der Industrie und ihre Wirkungen auf das Fleischergewerbe“ an.

Zu derselben Frage wurde am Sonntag auch in einer öffentlichen Versammlung der Bäcker-, Brauer- und Mülkerarbeiter im Bremer Gewerkschaftshaus Stellung genommen. Arbeitersekretär Baddach hatte dort das einleitende Referat übernommen, er schloß seine Ausführungen mit der Aufforderung, im Interesse der einzelnen Verbände der Gründung eines Industrierivertandes für die Nahrungsmittelbranche zuzustimmen. In der lebhaften Diskussion wurden prinzipielle Einwendungen hiergegen nicht erhoben. Die Debatte endete mit der einstimmigen Annahme einer Resolution, in der sich die Versammelten mit den Ausführungen des Referenten einverstanden erklärten und der Ueberzeugung Ausdruck gegeben wird, daß die Gründung eines Industrierivertandes für die Nahrungsmittelbranche eine Notwendigkeit ist; zugleich werden die in Frage kommenden Ortsverbände beauftragt, nach dieser Richtung hin weitere Schritte zu unternehmen.

Größe Differenzen im deutschen Schneidergewerbe.

Die örtlichen Verhandlungen in vierzehn Städten des Deutschen Reiches über die Neuforderungen der Schneidergehilfen haben nur für einige Städte zu einer Verständigung geführt. Dagegen in sechs Städten: Leipzig, Erfurt, Jena, Danzig, Wernigerode und Hildesheim sind die örtlichen Verhandlungen völlig gescheitert. Um die drohenden Streiks bez. Aussperrungen noch im letzten Augenblick zu verhindern, sind die beiderseitigen Zentralvorstände übereingekommen, in einer Konferenz zu Leipzig noch einen letzten Versuch zur Beilegung der Differenzen zu machen. Hieran nehmen auf Arbeitgeberseite zwei Vertreter des Allgemeinen Deutschen Arbeitgeberverbandes für das Schneidergewerbe und auf Arbeitnehmerseite je zwei des Verbandes, des Hirsch-Dunckerischen Gewerkschaftsvereins und des Christlichen Verbandes der Schneider teil sowie je zwei Vertrauensmänner der in Frage kommenden Städte, sowohl der Arbeitgeber, wie der Arbeitnehmer.

Der Wert von Unternehmer-Versprechungen.

Der Arbeitgeberverband im Baugewerbe des Unterwesergelbiets ist für die verwandten Arbeitgeberverbände des Rheinlandes vorbildlich geworden gerade durch eine Tat, die, von Arbeiterorganisationen gepflegt, als Terrorismus perhorresziert wird. Die despotische Gewalt innerhalb des genannten Verbandes liegt in der Firma Kistner in Lede, der es, gestützt auf Kapital und vermögliche starken Nachdruck finanzieller Art auf die Rohstofflieferanten usw. gegeben ward, durch Verhängung von Materialkuppen und ähnliche terroristische Mittel der Vogel friß oder sirs-Politik, die „Großen“ wie die „Kleinen“ des Baugewerbes an der Unterwerfung in die Unternehmerorganisation zu drängen und ihnen ihren despotischen Willen aufzuzwingen.

Von den Baugewerblichen Arbeitern, Maurern, Zimmerern und Bauhilfsarbeitern, waren wiederholt, zuletzt Anno 1908, längere und erbitterte Kämpfe um Lohnerhöhungen, Arbeitszeitverkürzungen usw. geführt worden, die aber infolge des starken Streikbrecherangebots erfolglos verliefen. Das Unternehmertum importierte Italiener. Doch immer wieder strengten sich die Arbeiter an, den Unternehmerprofi um ein Geringes zu schmälern, um den Ertrag ihrer Arbeit über die Grenze des zum Leben Nötigsten hinauszuhoben. So zwangen sie endlich im vorigen Jahre die Arbeitgeber zu dem händigen Versprechen einer Lohnerhöhung von fünf Pfennigen pro Stunde für das kommende Frühjahr. Außerdem ward eine Verkürzung der Arbeitszeit von zehn auf neunehnhalf Stunden in Aussicht gestellt. Die Arbeiter liehen damals den Einwand gelten, daß diese Reform nicht sofort durchgeführt werden könne, weil Bauverträge zu den alten Arbeitsbedingungen auf längere Fristen abgeschlossen seien; obwohl anzunehmen ist, daß auch die Bauunternehmer wie andere Unternehmer durch Versicherungen vor etwa durch Streiks verursachte Schäden gesichert seien. Nun ist aber die Zeit da, wo die Arbeitgeber ihr Versprechen einzulösen haben. Als nun die Arbeiter die „Herren“ an ihr gegebenes Wort gemahnten, erhielten sie die Antwort: an eine Verkürzung der Arbeitszeit sei gar nicht zu denken; an Lohnerhöhung wolle der Arbeitgeberverband den Maurern und Zimmerern einen Pfennig pro Stunde gnädigst gewähren. — Die Konjunktur für das Baugewerbe im Unterwesergelbiet ist gegenwärtig flau. Ein Streik würde für die in Frage kommenden Arbeiterkategorien kaum ratsam sein. Das wissen die Unternehmer. Daher ihr trauriger Mut. Aber — aufgehoben ist nicht aufgehoben!

Auf eine Eingabe des Buchdruckerverbandes beschloß der Stadtmagistrat Aschaffenburg, bei Vergebung städtischer Druckarbeiten nur die tarifreuen Buchdruckereien zu berücksichtigen. Damit ist das kleine Aschaffenburg größeren bayerischen Städten mit dem guten Beispiel vorangegangen. Das wird besonders den ultramontanen „Arbeitervertreter“ Schürmer tief schmerzen; er hat erst vor einigen Tagen im Parlament den Buchdruckertarif als Ausfluß sozialdemokratischen Terrorismus denunziert, und nun läßt sich das schwarze Aschaffenburg selbst in solcher Weise terrorisieren!

Der erste Mai und die städtischen Arbeiter. Der Gauleiter des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter in Nürnberg richtete an den dortigen Stadtmagistrat die Anfrage, wie er sich zur Begehung des ersten Mai als Arbeiterfeiertag durch die städtischen Arbeiter verhalte. Die braven freimüthigen Stadtwortreter gerieten durch diese neugierige Frage etwas in Verlegenheit. Sie meinten, bisher sei von der Stadtgemeinde der erste Mai nicht als Arbeiterfeiertag betrachtet worden. Was man ihnen aufs Wort glaubt, denn wenn es anders wäre, so wäre die Eingabe nicht nötig gewesen. Schließlich drückten sie sich um eine klare Stellungnahme durch die Erklärung herum, daß sie auf die Sache selbst nicht eingehen könnten, da der Anfragende nicht städtischer Arbeiter und also auch nicht befugt sei, im Namen der städtischen Arbeiter zu sprechen. Dazu seien die Arbeiteraussschüsse da. Das ist der Standpunkt, den die freimüthige Stadtverwaltung Nürnbergs schon wiederholt bekundet hat: die Arbeiteraussschüsse sind nur geschaffen worden, weil man glaubt, mit ihnen das Koalitionsrecht der städtischen Arbeiter ausschalten zu können.

Streik der Münchener Droschkenkutscher und Chauffeurs.

Am Sonnabend 6 Uhr traten in München die Droschkenkutscher und Automobilfahrer in den Ausstand. Sie liehen durch die Organisation, den Handels- und Transportarbeiterverband, ihren Unternehmern einen Lohnarif unterbreiten. Die Jnnung beschloß in einer Versammlung, mit der Organisation nicht zu verhandeln. Die Organisation rief, um einen Ausstand zu vermeiden, die Vermittlung des Einigungsamtes an. Der Vorstand der Lohnarbitration erschien am Sonnabend wohl zu den Einigungsverhandlungen, lehnte aber jede Verhandlung strikte ab, da eine Jnnungsversammlung beschlossen habe, sich in keinerlei Unterhandlungen einzulassen. Alle diesbezüglichen Ermahnungen des Vorstehenden, Gerichtsrat Dr. Preijer, waren vergebens, so daß die Verhandlungen nach 2 stündiger Debatte, weil aussichtslos, abends 6 Uhr abgebrochen werden mußten. Sofort wurden Boten nach allen Droschkenstationen ausgesandt, um die Kutscher und Chauffeurs von dem Scheitern der Verhandlungen und von dem Ausbruch des Streiks zu verständigen. In dem am Sonntagvormittag abgehaltenen Appell wurden 240 Ausständige gezählt. Die erste Münchener Chauffeuse, die erst seit 16 Tagen Dienst macht, erklärte sich mit ihren männlichen Kollegen ebenfalls solidarisch. — Der Betrieb wird durch die Droschkenbesitzer, ihren Söhnen und einigen Streikbrechern notdürftig aufrecht erhalten. Bewilligt haben bis jetzt 14 Lokalkutscher, und 7 Kraftzeugbesitzer. Der Streik macht sich zur jetzigen Karnevalszeit und dem schlechten Wetter unangenehm fühlbar.

Ausland.

Ein großer Lohnkampf in der schwedischen Eisenindustrie scheint nahe bevorzustehen. Verhandlungen über den Abschluß neuer Tarifverträge zwischen dem Eisenindustriellenverband und dem Eisen- und Metallarbeiter-, dem Grob- und Fabrikarbeiter-, sowie dem Grubenarbeiterverband Schwedens haben sich monatelang hingezogen, sind aber ergebnislos verlaufen. Der frühere Minister Axel Schotte, der als unparteiischer Vorsitzender die Verhandlungen leitete, hat nun die Regierung ersucht, dafür zu sorgen, daß die zur Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten angeordneten Staatsbeamten sich bemühen, neue Verhandlungen zwischen den Parteien anzuknüpfen, weil die Gefahr vorliege, daß ein Streik oder eine Aussperrung entsehe von größerem Umfang, als man sie bisher in Schweden erlebt habe.

Das gesamte Personal der Eisenbahnen von Aruguah ist gestern abend in den Ausstand getreten.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Die Gnapag.

Hamburg, 24. Februar. (V. S.) Die Hamburg-Amerika-Linie läßt von heute ab in ihren Betriebswerkstätten eine Verkürzung der Arbeitszeit um 2 1/2 Stunden eintreten, um bei dem geringer werdenden Arbeitsquantum Entlassungen von Arbeitern möglichst zu vermeiden.

Zum Konflikt auf den englischen Werften.

London, 24. Februar. (W. T. S.) Als Ergebnis einer Konferenz mit dem Handelsminister Lloyd-George wurde zur Beilegung des Konflikts auf den Schiffbauwerften ein vorläufiges Abkommen getroffen, das die Vertreter beider Parteien den Arbeitgebern und Arbeitnehmern zur Annahme empfehlen wollen.

Handelsminister Lloyd-George empfing heute eine Abordnung der Schiffbauer und Tischler wegen ihres Konfliktes mit ihren Arbeitgebern.

Nasi.

Rom, 24. Februar. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Der „Avanti“ billigt das im Nasi-Prozess gefällte Urteil, das nicht den Ermittler treffe, sondern das Verwaltungssystem des Ministeriums. Im Anschluß an die Ergebnisse der Prozeßverhandlung verlangt der „Avanti“ eine Enquete über das Unterrichtsministerium. Es werden Unruhen in Sizilien befürchtet.

Abgeordnetenhaus.

57. Sitzung vom Montag, den 24. Februar 1908, vormittags 11 Uhr.

Ministerialrat Dr. Solle: Beratung des Kultusetats wird fortgesetzt beim Kapitalkapitalwesen.

Abg. (natl.) tritt für eine Vermehrung der vollbesoldeten Ärzte ein.

Abg. (natl.) spricht sich in gleichem Sinne aus. Die Vordringen an die Kreisärzte seien sehr hoch, sie müßten die Verantwortung tragen, auch wenn sie nur nebenamtlich tätig zu sein, und es sei daher notwendig, schneller in der Umwandlung: nebenamtlichen in vollbesoldete Stellen für Kreisärzte fortzuringen als bisher.

Abg. (natl.) bittet ebenfalls um verstärkte Anstellungsvollbesoldeter Kreisärzte und verlangt die Einführung der obligatorischen Rechenprüfung.

Abg. Dr. Solle: Die Kreisärzte haben außerordentlich schwere Pflichten, sie haben abgesehen von Notfällen, nicht das Recht, lästige Verfügungen zu erlassen, sondern nur das Recht, statuten zu erlassen. Es hat sich aus der Statistik ergeben, daß die Mortalität auf dem Lande größer ist als in den Städten: Um aber zu verhindern, daß auf dem Lande zu scharfe Anordnungen auf gesundheitlichem Gebiet getroffen werden, sollen die Kreisärzte vorher in Verbindung mit Vertretern der Landwirtschaft treten. In Aussicht genommen ist eine erhöhte Dienstauswärtsschuldung für die Kreisärzte.

Abg. Dr. v. Heubrand (L.): Wenn der Minister auf die höhere Erbschaft auf dem Lande hinweist, so möchte ich darauf aufmerksam machen, daß wir auf dem Lande vielfach nur Weisse und Ritz haben, die Leute in den besten Jahren arbeiten in den großen Läden. Jedenfalls läßt sich also aus der Statistik über die große Sterblichkeit auf dem Lande nicht die Notwendigkeit zu schärfen sanitären Maßnahmen herleiten. (Beifall rechts.)

Abg. Münsterberg (fr. Bg.) betont die Notwendigkeit der gesetzlichen Regelung des Hebammenwesens.

Abg. Dr. Heubrand (natl.) schließt sich dem Vordränger an.

Abg. Schmedding (Z.): Die Einstellung von 50 000 M. in den Etat zur Förderung des Hebammenwesens in den östlichen Provinzen ist erfreulich, es ist aber bedauerlich, daß uns das vom Ministerium in Aussicht gestellte Gesetz noch nicht vorgelegt ist. Ratsich möchte die Gebührenordnung für die Hebammen gesetzlich geregelt werden.

Abg. Dr. Solle: Ich erkenne an, daß das Hebammenwesen dringender Verbesserungsbedürftig ist. Ein Gesetzentwurf zu dessen Regelung ist ausgearbeitet. Da aber die gesetzliche Regelung doch eine sehr wichtige werden würde und sie unter Umständen zur Ueberlastung der Kreisärzte führen könnte, so habe ich versucht, diese Frage in möglichst enger Anknüpfung an die örtlichen Verhältnisse zu regeln. Aus den im Etat vorgesehenen Mitteln werden den Kreisen Unterstützungen zugewiesen, die sie an die Hebammen verteilen. Ein Gesetz über die Gebührenordnung für Hebammen wird dem Hause im nächsten Jahre zugehen.

Auf eine Anfrage des Abg. v. Conrad (fr.) erklärt ein Regierungskommissar, daß die Verbreitung der Granulose in Ostpreußen erheblich zurückgegangen sei.

Abg. v. Wolff-Meternich (Z.) regt eine vermehrte Anstellung von Weinkontrollanten im Hauptamt an.

Ein Regierungskommissar legt dar, daß die Kosten für die Ausübung der Weinkontrolle ebenso wie die für die Nahrungsmittelkontrolle von den Gemeinden zu tragen seien. Es würden sich zur Anstellung von Weinkontrollanten gewährt, den sich die Polizeibehörden bedienen könnten.

Abg. Graf Spee (Z.) wünscht wirksamere Bestimmungen für die Ausübung der Weinkontrolle.

Das Kapitel wird bewilligt.

Es folgte das Kapitel „Krankheiten und Charité-Krankenhaus Berlin“.

Abg. v. Hakenberg (natl.): Auf Ausführungen des Abgeordneten Lepsius hat der Minister neulich erwidert, daß bei der Besetzung der Lehrstühle für evangelische Theologie die wissenschaftliche Fähigkeit der Dozenten im Vordergrund stehen müsse, und er hat hinzugefügt, es müßten auch die verschiedenen Richtungen in der evangelischen Kirche berücksichtigt werden. Ich halte die mechanische Scheidung zwischen kritischen und positiven Theo-

logen nicht für richtig. Wenn gesagt wird, daß die kritischen Theologen vor den positiven Theologen bevorzugt würden, so trifft das wohl für außerpreussische Universitäten zu, aber nicht für die preussischen. Das ergibt sich schon aus der langen Wartezeit der Privatdozenten, die der kritischen Richtung angehören. Die Ausführungen des Abg. Stroffer, daß mit Ausnahme der Universität Greifswald die liberale Richtung bevorzugt werde, sind nicht zutreffend. Die Verträge gegen die in neuerer Zeit erfolgten Berufungen von Theologieprofessoren sind unbillig und ungerecht gewesen. Mit Recht hat die theologische Fakultät in Halle darauf hingewiesen, daß die Berufung Dreos' auf einstimmigen Beschluß der Fakultät erfolgt sei, und der Nachfolger des Professors Weis, Dehmann, ist von diesem selbst empfohlen worden. Dehmann ist einer der acht deutschen Gelehrten, die nur ihrer Wissenschaft leben. Bedauerlich ist die Art und Weise, wie die Herren angegriffen werden. Hat ein Professor irgendeinen Vortrag gehalten, so wird er als Agitator bezeichnet; hat er nur seiner Wissenschaft gelebt, so macht man ihm den Vorwurf des übermäßigen Kritizismus. Hat der Schreiber solcher Äußerungen in der Presse keine Kenntnis von den wissenschaftlichen Arbeiten, so ist er nicht berufen zu einem Urteil über ihn (Sehr richtig! links); hat er aber Kenntnis davon und fällt trotzdem ein so unzutreffendes Urteil, so überlasse ich das Urteil über solche Handlungsweise dem Hause. Für das Urteil des Kultusministers sind nicht Zeitungsartikel maßgebend, sondern die Urteile der Fakultäten, die den Dienst der Kirche und deren Interessen wahrnehmen. (Beifall links.)

Abg. Stroffer (L.): Nach meiner Ansicht wäre es angezeigt, die Kollegienmitglieder nach anderen Grundjahren zu verteilen als es jetzt geschieht, denn jetzt wird Berlin gegenüber den übrigen Universitäten bevorzugt. Wenn der Abg. Hakenberg sich über die Äußerungen in der konservativen Presse gegen kritische Theologen beklagt, so erwidere ich, daß die Äußerungen der liberalen Presse gegen die Ausführungen des Abg. Rehmthien und gegen die meinigen viel schärfer gewesen sind. (Sehr richtig! rechts.) Herr Dehmann hat sich in Heidelberg keine Juridikation auferlegt, sondern er hat öffentlich zur Wahl eines Sozialdemokraten aufgerufen. (Hört, hört! rechts.) Das Volk wünscht in seiner Mehrheit positive Geistes, nicht Geistes, wie ich in Berlin einen hörte, der erklärte: Ich habe Euch das Evangelium vorgelesen, aber Ihr braucht es nicht wirklich zu nehmen und die Wunder nicht zu glauben. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Schroeder (Kassel, natl.) empfiehlt die Einführung von Lehrstühlen für soziale Medizin, die heute eine Wissenschaft für sich bilde.

Abg. Münsterberg (fr. Bg.) befürwortet die Vermehrung der Zahl der Ordinariate. Wünschenswert würde die Einrichtung einer Professur für das Exportwesen sein. Die außerordentlichen Professoren, die weder ein aktives noch ein passives Wahlrecht im Lehrkörper der Universitäten besitzen, müßten eine andere Stellung bekommen.

Minister Dr. Solle: Die Zahl der Professuren ist in neuerer Zeit verdoppelt worden. Die große Zahl der Studenten verteilt sich in den verschiedenen Semestern sehr verschieden auf die einzelnen Fächer, und es kann nicht immer je nach dem Besuch der Fächer eine Professur eingerichtet werden. Gegen die Einrichtung von Lehrstühlen für soziale Medizin bestehen bei den medizinischen Fakultäten vielfach Bedenken. Wir haben aber bereits einen solchen Lehrstuhl in Berlin und in Bonn und es soll vom 1. April ab ein weiterer Versuch damit in Kiel und in Marburg gemacht werden.

Abg. Goldhoff (fr. Bg.): In Berlin sind die Abiturienten der Oberrealschulen von allen Fächern mit Ausnahme der Mathematik und den Naturwissenschaften ausgeschlossen, während andere Universitäten diese Befreiung meist nicht kennen. Tatsächlich widerspricht dies Verfahren in Berlin dem Geist der Gleichberechtigung aller höheren Lehranstalten, von dem die preussische Schulreform ausging. (Beifall links.)

Ein Regierungskommissar erwidert, daß darüber die Fakultäten zu entscheiden haben, denen die Freiheit der Einschließung über diese Frage zustehe.

Darauf verlegt das Haus die Weiterberatung auf abends 7 1/2 Uhr. Schluß 4 1/2 Uhr.

Die Majestät des Schutzmanns.

Das Koalitionsrecht der Arbeiter ist reichsgesetzlich gewährleistet. Die Verträge, durch Landesgesetze das Recht insbesondere des Streikpostenstehens außer Kraft zu setzen, schlugen fehl, weil die große

Mehrheit des Reichstages in Veranlassung der sozialdemokratischen Interpellation gegen das Lübecker Streikpostengesetz diesen Einbruch in das Koalitionsrecht verurteilte und das Reichsgericht sich dieser Auffassung durch Freisprechung des Genossen Rosenkranz von der Anklage angeschlossen, zum Ungehörigen gegen das Streikpostengesetz angeordnet zu haben: den Gehoramen gegen den Reichsgesetzten zuwiderlaufende Partikulargesetze schließt das Strafrecht nicht. Was aber dem Gesetzgeber nicht gelang, ist einer Auslegung über die Polizeiallmacht gelungen. Streikpostenstehler werden angeklagt, nicht weil sie von ihrem Koalitionsrecht Gebrauch machen — behüte! — sondern weil sie einer Anordnung eines Schutzmanns nicht folgen und weil des Schutzmanns Ansicht über das, was im allgemeinen Interesse zu geschehen hat, höher steht, also einer richterlichen Nachprüfung entzogen sei.

Die dadurch die Justiz des Klassen- und Polizeistaates Preußen die gesetzlichen Koalitionsrechte des Arbeiters zunichte macht, illustriert trefflich ein Urteil, das dieser Tage die Osnabrücker Strafkammer als Berufungsinstantz im Gegenstand zum dortigen Schöffengericht fällte. Es handelt sich um die polizeilichen Maßnahmen gegen Streikposten stehende Arbeiter der Bromschröder'schen Gasfabrik, die im Oktober v. J. (wir berichteten darüber in Nr. 24 des „Vorwärts“) vom Schöffengericht unter Freisprechung sämtlicher angeklagten Arbeiter als „Gefährlichkeitsfälle“ gekennzeichnet wurden. Die Osnabrücker Polizei fügte sich auf die dortige „Strafverurteilung“, die in ihrem § 82 vorschreibt, daß den „von den polizeilichen Aufsichtsbeamten im Interesse der Ruhe und Sicherheit des öffentlichen Verkehrs erlassenen Anordnungen unbedingt Folge geleistet werden muß“, vorbehaltlich des Rechtes der Beschwerde.

Wie wenig die polizeiliche Streikpostenjagd mit den „Interessen der Ruhe und Sicherheit des öffentlichen Verkehrs“ zu tun hatte, ergaben am besten die schöffengerichtlichen Befundungen der Polizeibeamten selber. Ein Polizeiergeant O. sagte z. B. aus: Er habe bei der Gasfabrik „Posten gehabt“, als ihm ein Arbeiter namens Klaus nach der Fabrik frage. Er, der Polizist, habe dann gesehen, wie Köhler (einer der angeklagten Streikposten) auf Klaus zugeht und mit ihm verhandelt habe. Als ihm, dem Polizeiergeanten, „diese Verhandlungen zu lange dauerten“, sei er auf die beiden zugegangen und habe Köhler aufgefordert, den Mann „unbehelligt“ gehen zu lassen. Der erlauchte Gerichtsvorsitzende hielt dem Zeugen vor, daß zu einem solchen „Einsprechen“ doch gar kein Grund vorgelegen habe. Der erklärte, es sei den Beamten von ihren Vorgesetzten eine dahingehende Instruktion erteilt! Köhler habe ihm erwidert, er wolle den Mann über die Lage der Dinge aufklären, das sei sein gutes Recht. Er, der Beamte, habe Köhler dann bedeutet, das sei jetzt in genügendem Maße geschehen, er müsse ihm jetzt nach der Wache folgen. ... Als er darauf Köhler „abgeführt“ habe, sei Steffen (ein anderer angeklagter Arbeiter) zu dem Klaus getreten und habe die Verhandlungen mit diesem fortgesetzt. Deshalb sei er, der Sergeant, mit Köhler ungeliebt und habe Steffen auch gleich mitgenommen. Ein Menschenauflauf sei nicht entstanden. Es seien auch in der Nähe andere Leute nicht zu sehen gewesen; etwa 40 Meter entfernt hätten nur einige Frauen gestanden. Das jemals eine Befähigung von Passanten oder gar ein Kravall vor der Fabrik stattgefunden habe, konnte kein Polizist bekunden. Das Schöffengericht hatte sich nach alledem kein Bild machen können von dem „Verkehr“, der hier gerade durch streikende Arbeiter so um alle „Ruhe und Sicherheit“ gebracht sein sollte, daß der Amtsanwalt drei Monate Gefängnis beantragen zu müssen glaubte! Es sprach sämtliche Angeklagten frei.

Der Staatsanwalt Polizeikommissar Lemke legte Verurteilung ein und fand denn auch bei den gelehrten Strafrichtern mehr Verständnis und Würdigung für die Polizeijustiz. Als Zeuge vernommen befandete er vor der Strafkammer, er habe die Anordnung auf Wegweisung der Streikposten getroffen, weil ihm gemeldet worden wäre, daß die Streikposten Arbeitswilige angehalten hätten. Er habe den Streikleiter Thiesemann von der Wache in Kenntnis gesetzt und dieser habe ihn benachrichtigt, die Arbeitswiligen würden nur über den Streik befehligt. Zur Verleugung von Leuten sei aber die öffentliche Strafe nicht da — so erklärte dieser oberste Polizist von Osnabrück!

Der Staatsanwalt beantragte gegen jeden Angeklagten 30 M. Geldstrafe. Die Polizei konnte nicht erst abwarten, bis ein Kravall entstände, sondern müsse möglichen Kravallen vorbeugen. Das Gericht habe nicht zu prüfen, ob die

Kleines feuilleton.

Wie da „Fingstunder“ sich offenbarte. Der norwegisch-amerikanische Kaleprediger Baratt, dessen „Erweckungsversammlungen“ feinerzeit an in Kristiania angeheuren Zulauf hatten und bei einer Menge von religiösen Versammlungen hervorriefen, macht jetzt von neuem wieder von sich reden. Obwohl im allgemeinen auch in der norwegischen Staatskirche das Wort gilt: „In der Kirche spricht erst und lehrst, den man hat hinausgeleitet“, so fand Baratt doch kürzlich Gelegenheit, in der Pfarrkirche zu Høvaag in Südnorwegen zu sprechen, so er den Pfarrer für seine Sache gewonnen hatte. Bei diesen Reden geschah es nun, daß die dreizehnjährige Tochter des Pfarrers von „Reden in fremden Jungen“ befallen wurde. Baratt hat vor ungefähr einem Jahre auch „Erweckungsreisen“ nach den skandinavischen Nachbarländern unternommen und besonders in Schweden viel Erfolg gehabt, wo sich auch das „Fingstunder“ des Jungentreders“ sehr wirksam zeigte. Ueber diese und die ihr verwandte Erscheinung, die in der Bibel als „Besessenheit“ hingestellt wird, sind kürzlich in den kleinen Aufklärungsschriften der schwedischen Studentenvereinigungen „Verdandi“ zwei populärwissenschaftliche Schriften des Professors V. Wadellius erschienen, der jene Erscheinungen hauptsächlich als hysterische Erkrankungen zurückführt. Besonders interessant ist, was der Verfasser über die Leute, die beim „Jungentreden“ gebraucht werden, mitteilt. In den meisten Fällen sind sie ganz inaktive, wie etwa: „Ring, lang, kamele, lamele“ oder „Kang, lang, kong, ling“ usw., immer wiederholt. Manchmal gibt der „Jungentredner“ auch die Erklärung und sagt etwa: „Kang, kang, hingeli, hingeli“ — das ist: „Komm, solange es Zeit ist.“ Die Bibelgläubigen macht der Professor auf ein Wort Pauli aufmerksam: „Ich will in der Gemeinde lieber fünf Worte reden mit meinem Sinn, auf daß ich andere unterweise, denn zehntausend Worte mit Jungen.“

Einschlüpfung durch Elektrizität. Aus Paris wird berichtet: Eine Reihe interessanter Experimente hat Professor Stephane Leduo von der medizinischen Schule auf den Schachthöfen von Nantes zum Abschluß gebracht. Es handelt sich um die Anwendung der Elektrizität beim Schlachten von Tieren. Die abschließenden Versuche erstreckten sich auf ein Pferd, einen Ochsen, ein Kalb und ein Schwein. Das Pferd brach bei einem Strom von 110 Volt zusammen, beim Ochsen erzielte man mit 160 Volt das gleiche Ergebnis, während bei dem Kalb schon ein sehr schwacher Strom von 20 Volt genügte. Die Experimente brachten einen vollen Erfolg und zeigen einen Weg, den Schlachtieren jeden Schmerz zu ersparen. Sehr interessante Beobachtungen ergaben die Experimente, die im Laboratorium vorgegangen waren. „Durch einen schwachen Strom“, so äußerte sich der Gelehrte, „der in kurzen Intervallen hundertmal in der Sekunde unterbrochen wird, lassen die Tiere sich auf Minuten oder Stunden in einen Schlafzustand bringen, der die Gehirnaktivität und die Nervenzentren vollkommen lähmt und einer vollkommenen Anästhesie

gleichkommt. Das Ausschalten des Stromes bewirkt sofortiges Erwachen. Verstärkung der elektrischen Kräfte bringt Stillstand der Herzaktivität, wobei die Atemorgane jedoch fortarbeiten; weitere Verstärkung unterbricht auch die Lungenaktivität. In diesem Zustand befindet sich das Tier in einem Stadium, das der Wissenschaft fremd ist. Es ist tot, ohne es zu sein. Läßt man den Strom fortwirken, so tritt innerhalb von zwei Minuten der Tod ein; wird der Strom geschwächt, so kehrt das Leben zurück.“

Humor und Satire.

Staatsweisheit.

Der du dienst den Fürstenthronen,
D veräume nie
Nützliche Konzeptionen
Mit der Industrie!
Trau ihm nicht, dem hohen Schein
Sorg, so lang du jung,
Ahnungsvoll und still für eine
Rückversicherung!
Bringt dich ein Entschluß von oben
Plötzlich auf den Saub,
Fühlst du froh dich aufgehoben
Als Kommissar bei Krupp. Matatöckr.

— König Manuel von Portugal: „Mama, bin ich nun eigentlich ein König von Gottes Gnaden?“ (Simplicissimus.)

Notizen.

— Friedrich Esmarch, der berühmte Chirurg, ist in Kiel in der Nacht vom Sonnabend auf Sonntag gestorben. Er hat ein Alter von 85 Jahren erreicht. Er wurde am 9. Januar 1823 als Sohn eines Arztes zu Lüding in Schleswig geboren. 1843 kam er auf die Universität. Sein Lehrer war Langenbeck, einer der größten deutschen Chirurgen. Esmarch hatte das Glück, daß sein Wirken in das Heroenzeitalter der modernen Chirurgie fällt, in jene Zeit, wo die Einführung der Antisepsis, die sich an den Namen Listers knüpft, der Chirurgie neue, bisher ungeahnte Tätigkeitsmöglichkeiten schuf. Esmarch wirkte namentlich bahnbrechend in der Anwendung der neuen Methoden in der Kriegschirurgie. An den Kriegen der Jahre 1864, 66, 70 hat er namentlich als Reorganisationsführer der kriegschirurgischen Hilfe Bedeutendes geleistet. Seine Schriften haben viel dazu beigetragen, den ärztlichen Dienst auf dem Schlachtfeld bedeutend zu verbessern. Durch die Veröffentlichung seiner Samariterbriefe gab er auch den Anstoß zur deutschen Samariterbewegung. Seine bekannteste und vielleicht folgenreichste Tat ist aber die Angabe des Verfahrens der nach ihm benannten Wundleere. Das Verfahren ist ebenso einfach wie wirksam. Durch Anlegen von Gummibändern, die den Zutritt des Blutes verhindern, ist es heute möglich, Operationen an den Gliedmaßen ohne irgend einen nennenswerten Blutverlust durchzuführen. Namentlich bei Amputationen

und Gefäßoperationen ist dadurch für die Patienten Großes geleistet worden.

Esmarch war Professor an der Universität in Kiel und Generalstabarzt der deutschen Armee. Durch seine Verheiratung mit der Prinzessin Henriette von Schleswig-Holstein war er ein Oheim des deutschen Kaisers.

— Ein Fontanedenkmal will ein Komitee, dem neben Verufenen auch so herborragende Kulturträger wie Bülow, Solle, Rheinbaben, Stubenrauch angehören, irgendwo in Berlin aufstellen. Unter der Hand ist auch schon der Bildhauer bestimmt, ja vielleicht ist das Denkmal schon fertig und es bedarf nur noch der Beitragszahler. Gespannt sind wir auf die Ausführung, denn es wird verheißt, daß der „Steinbewanderte ohne Feiertlichkeit in ganzer Figur dargestellt ist, wie er auf der altertümlichen Höhe seiner Schaffenskraft betrachtend, bedenkend, bedeutend Volk und Gesellschaft, Persönlichkeiten und Schicksale sah“. Wie Nag-Klein, der erstere Bildhauer, dieses vielseitige Versprechen zur Tat machen wird, das wird Laien, Künstler und Kunstbetreiber interessieren.

— Swatopluk Cech, neben Bräulich der bedeutendste unter den tschechischen Dichtern der Gegenwart, ist am Sonntag in Prag gestorben. Er war am 21. Februar zu Miredel in Böhmen geboren, hatte die Rechte studiert, geriet und war an radikalen Zeitungen Redakteur. Eine Zeitlang sah er auch im österreichischen Reichsrat. Cech (gesprochen Tschek) ist als Lyriker, Epiker und Romanistischer Schriftsteller hervorgetreten. Kraftvoll leidenschaftliche Töne schlug er in seinen freiheitlichen „Slavenliedern“ an, die bei seinen Landsleuten weiteste Verbreitung fanden und auch ins Deutsche überetzt wurden. Seine lebendigen Skizzen, Erzählungen und satirisch-humoristische Romane (einiges wurde in Reclams Universalbibliothek verdeutscht) machten ihn zum beliebtesten Dichter des tschechischen Volkes.

— Ein Denkmal für Blanqui. Während in Paris die Errichtung eines Denkmals für Marat nahe bevorsteht, wird die kleine Stadt Puyet-Thoniers in kürzester Zeit das Denkmal eines anderen berühmten Revolutionärs empfangen, des Kommunisten Louis Auguste Blanqui, der der größte Sohn des Städtchens ist. Das Werk ist eine Arbeit des Bildhauers Aristide Maillois und ein Kunstwerk, das hoch über dem Durchschnitt der gewöhnlichen Denkmalskunst steht. Auf einem Sockel von Porphyrt erhebt sich eine Statue aus Bronze, die ein Sinnbild der „gefallenen Tat“ darstellt. Am Sockel selbst befindet sich ein Medaillon Blanquis, dieses „glorreichen Märtyrers der Gedankenfreiheit“, wie ihn der Denkmalsanruf nennt.

— Eine Morgue in New York. Die Stadt New York plant die Errichtung einer Morgue, die bestimmt ist, das „größte, schönste und beste Leichenhaus der Welt“ zu werden. Nicht das Vorbild der einstöckigen berühmten Pariser Morgue wird befolgt werden, ein großes, sechs Etagen hohes Bauwerk wird errichtet und an architektonischen Ausschmüchungen wird nicht gespart werden. Das Haus wird 275 Toten Raum bieten. Besondere Sorgfalt wird auf die Särge für die unermordeten Leichen verwendet; die Beinhälter werden vollkommen aus Porzellan hergestellt mit einem kristallgläsernen Deckel. Im obersten Stockwerk wird eine Art Museum eingerichtet.

polizeilichen Maßregeln materiell gerechtfertigt seien. Die Angeklagten hätten sich ja beschwerdeführend an den Regierungspräsidenten wenden können! Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dybbold, verlangte Freisprechung. Das ruhige Verhalten der Streikenden, ihre Disziplin, verdiene alle Achtung. Von einer Beinträchtigung des freien Verkehrs hätte keine Rede sein können. Das Verbot des Streikpostenlebens unterbinde ein den Arbeitern reichsgesetzlich gewährleistetes Recht. Wenn der Staatsanwalt meine, die Strafe gehöre dem freien Verkehr und „daher“ nicht den Streikpostenlebens, so könne man einer solchen Deduktion nicht folgen; denn auch die streikenden Arbeiter hätten ein Recht auf „freien Verkehr“, auch sie hätten den Anspruch, auf der Straße ihren Interessen nachzugehen. Die allgemeine Anweisung, nicht die Passanten überhaupt, aber gerade die Streikposten wegzutreiben, werde durch die Straßenordnung nicht gebietet und verlege andererseits das Koalitionsrecht der Arbeiter. Eine Verstoßung gegen das ungesetzliche Vorgehen der Polizei hätte den Arbeitern nicht geschadet. Bis zu der Entscheidung des Regierungspräsidenten wäre der Streik wahrscheinlich schon beendet gewesen.

Das Urteil ging dahin, daß den Arbeitern „zwar“ das Koalitionsrecht gewährleistet, daß sie aber „trotzdem“ auch an andere gesetzliche Bestimmungen, also auch an die Straßenordnung gebunden seien. Wenn die Polizei auch nicht das Recht hätte, willkürlich die Rechte anderer zu verletzen, und wenn auch anzuerkennen sei, daß die Streikenden sich ordentlich und anständig benommen hätten, so ließe doch der Polizei das Recht zu, Vorkehrungen zu treffen, daß keine Verletzungen vorkommen könnten. Wenn sie „etwa möglichen“ Ausweitungen „vorbeuge“, so sei sie im Recht. ... Untertreffend zehn Mark Geldstrafe für jeden Streikposten und Verhaftungsmacht an die Polizei, zu jedem „etwa“ beliebigen Raub an den gesetzlichen Arbeiterrechten. Die Polizei braucht jetzt nur Verhaftungen „anzunehmen“, die „vorkommen könnten“, Ausweitungen, die „etwa möglich“ wären, und der Kapitalismus ist von den lästigen Streikposten befreit! Mit ähnlichen „Ergänzungen“ könnten dann mit der Zeit auch sämtliche übrigen Rechte der Arbeiter, die noch auf dem geduldeten Papier des Gesetzgebers verzeichnet sind, abgeschafft werden und es bliebe schließlich nur die Majestät des Schutzmanns zur Beurteilung darüber übrig, ob einem Staatsbürger irgend ein Recht zustehe.

Mit derselben Argumentation wie hier das Koalitionsrecht könnte z. B. auch das Eigentumsrecht genommen werden, sobald die Polizei der Ansicht ist, der Gebrauch des Eigentums könnte vielleicht z. B. zu Diebstählen, zu Brandstiftungen u. dgl. führen u. dgl. Wozu dann überhaupt Gesetze bestehen, wenn der Polizei gestattet sein soll, den Gebrauch der gesetzlich gewährleisteten Rechte zu verbieten, ist unverständlich. So tief im Polizeistaat wie Preußen und in der Rechtslosigkeit wie die preussischen Arbeiter nach diesem Gerichtsentscheid stehen, steht kein Land, auch nicht das der sogenannten „Wilden“. Mit welchem Erfolge das Kammergericht angerufen werden wird, bleibt abzuwarten. Unten teilen wir ein Erkenntnis des Oberverwaltungsgerichts mit, das die lästigen Deduktionen des Donabruider Gerichts, die im wesentlichen mit ähnlichen des Kammergerichts übereinstimmen, verwirft, inwieweit es sich bei der oberverwaltungsgerichtlichen Entscheidung nur um polizeiliches Einschreiten gegen „Rummel“ handelt.

„Rummel“ ist der Majestät des Schutzmanns über.

Das Magazin- und Alexanderstraße ist ein Grundstück, das dem Militärkasino gehört, von diesem aber verpachtet ist. Von September bis November 1906 fanden dort allerlei Schaustellungen und Belustigungen statt. Es war ein „Rummel“ und zwar ein sehr großer. Als nun die Polizei Anfang 1907 erfuhr, daß das Grundstück wieder als Rummelplatz dienen sollte, verbot sie es vorübergehend mit dem § 10 II 17 Allgemeinen preussischen Landrecht, der ihr die Befugnis verleiht, die nötigen Anordnungen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit zu treffen und das Publikum vor bevorstehenden Gefahren zu schützen. Der Polizeipräsident erließ nämlich eine Verfügung an den Pächter Schirbel und den Unterpächter, Schausteller Bachmann, durch die es unterlag wurde, auf jenem Grundstück Schaustellungen oder Lustbarkeiten zu veranstalten oder ihre Veranstaltung zuzulassen. Begründend wurde bemerkt, der frühere Rummel hätte zu den erheblichsten Störungen der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit geführt. Später wurde der große Käse und seine Einwirkung auf die Umgebung hervorgehoben, sowie daß bei der Art eines Teils des Publikums Schutzmännerpatrouillen und gelegentlich auch polizeiliches Einschreiten notwendig gewesen seien.

Auf die Klagen des Pächters und Unterpächters setzte der Bezirksausschuß die polizeiliche Verfügung außer Kraft und das Oberverwaltungsgericht verwies am 17. d. Mts. die Verurteilung des Polizeipräsidenten mit folgender Begründung: Es könne dahingestellt bleiben, ob man gegen einzelne der Lustbarkeiten auf sogenannten Rummelplätzen auf Grund des § 10 II 17 einschreiten könne. In der strittigen Verfügung seien alle Lustbarkeiten und Schaustellungen auf dem Plage verboten worden, also der ganze Rummel. Das geht zu weit. Es seien sehr wohl auf solchen Plätzen Lustbarkeiten denkbar und möglich, die nach keiner Richtung eine Gefahr für die öffentliche Ordnung u. s. w. in sich schlossen. Jene allgemeine Anordnung der Polizei habe also unzulässig außer Kraft gesetzt werden müssen.

Das Erkenntnis des preussischen Oberverwaltungsgerichts bedingt sich mit seiner ständigen Praxis und steht in wohlweislichem Gegensatz zu der oben mitgeteilten Auffassung des Donabruider Landgerichts, das die Majestät des Schutzmanns in der von uns geschilderten Weise höher als ein Reichsgesetz wertet. Freilich im Donabruider Fall handelt es sich nicht um „Rummel“, sondern um erste Arbeiterinteressen.

Aus der Partei.

Karl Weiss' Beerdigung.

Nun hat sich die Erde geschlossen über den furchtlosen Kämpfer. Den treuen Genossen, den lieben Freund, der uns um Jahrzehnte zu früh gestorben ist. Noch können wir uns an den Gedanken nicht gewöhnen, daß wir künftig nicht mehr Schulter an Schulter mit ihm stehen, daß wir seinen klugen Rat, seine begeisterten Worte und seine unermüdete Mitarbeit entbehren sollen. Die so viele, die gleich ihm ihr Dasein dem proletarischen Befreiungskampf, dem Sozialismus gewidmet haben, hat er seines eigenen Wohlbehaltens und seiner Gesundheit nicht geachtet; noch als er die tobende Brandarbeit schon in sich fühlte, konnte der kostbare Kämpfer sich nicht entschließen, sich Schonung aufzulegen. Es ist nicht zu viel gesagt, wenn in Karl Weiss' Nekrolog geschrieben wurde, es könne keinem Zweifel unterliegen, daß die aufreibende Arbeit, die er noch bei der jüngsten Reichstagswahl in seinem Wahlkreise Rheinisch-Lennep-Rettmann und anderwärts zu leisten auf sich nahm, ihm den Rest gegeben hat. So darf man auch von Karl Weiss' sagen, daß er sein alles für die heilige Sache des Sozialismus geopfert hat.

Ein Sohn des Volkes wolle er sein!
Wollt er sein und bleiben!

— so fangen die Kölner Arbeiterlänger am Sonntagabend an seiner Bahre, ehe sich der gewaltige Leichenzug von dem Sterbehause Wittliffstr. 28 in dem Kölner Vorort Ehrenfeld aus in Bewegung setzte. Der Ehrentitel, ein Sohn des Volkes gewesen zu sein, steht unferm Karl Weiss in vollem Maße zu. Und das Volk weiß, was es an ihm verloren hat. Zu ungezählten Tausenden waren die, die sich an dem schier endlosen Zuge nicht beteiligten, herbeigeeilt, um Zeuge dieser Trauerkundgebung zu sein, wie

sie der große Industrieort Köln-Ehrenfeld noch nicht gesehen hat. Welt über zweitausend Genossen und Genossinnen gingen hinter dem Sarge. Etwa siebzig Partei-, Gewerkschafts- und verwandte Vereinigungen hatten Deputationen mit prachtvollen Blumenpenden entsandt. Alle größeren Parteiorde von Rheinland und Westfalen, besonders auch das bergische Land, vor allem Reichsfrüherer Wahlkreise, waren vertreten. 15 Banner von Kölner und benachbarten Arbeiterkorporationen erhöhten das eindrucksvolle Gepräge des Zuges.

Die große Trauer um Karl Weiss kam am Grabe zu erschütterndem Ausdruck. Der Schmerz um den unergieblichen Freund und Kameraden wollte viele der Deputierten fast übermannen; mit tränenreicher Stimme sprachen sie ihre Widmungen. Als erster legte Genosse Hengsbach im Auftrage des Vorstandes der sozialdemokratischen Partei Deutschlands und der Reichstagsfraktion, die ferner noch durch Genossen Hue sich vertreten ließ, einen Kranz nieder. Es folgte ein solcher des Hauptvorstandes des Deutschen Dolzarbeiterverbandes, der Parteioorganisation fast aller rheinischen und vieler westfälischen Wahlkreise, der Parteizeitungen des Rheinlandes, zahlreicher Parteiorde und Kölner und auswärtiger Gewerkschaften. Bei den Trauerkundgebungen am Grabe betraufte sich die Polizei, die einen höheren Beamten entsandt hatte, in einwandfreier Weise. Es ist ja in Preußen nötig, das im zutreffenden Falle jedesmal herbeizurufen, weil es sich leider nicht von selber versteht. Wir schließen den Bericht mit den Worten eines der Kranzdeputierten, deren Grundgedanke in manchen anderen der gesprochenen Widmungen wiederkehrte: Du bist im Kampfe gefallen. Du hast ausgelämpft; wir werden in Deinem Geiste und nach Deinem prächtigen Vorbilde weiterkämpfen bis zu endlichem Siege!

Statistik des Klassenbewußtseins. Die Verwaltungsstelle Frankfurt a. M. des Deutschen Metallarbeiterverbandes veranstaltete im Anfang des vorigen Jahres bei ihren Mitgliedern eine Umfrage über die Zugehörigkeit zur Partei und zur Leserschaft der Parteizeitung. Den Fragebogen waren Aufnahmehefte für die Partei und Abonnementeinladungen für die Parteipresse angegliedert. Ueber das Ergebnis der Umfrage wird in dem soeben erschienenen Jahresbericht für 1907 ausführlich berichtet. Es zeigt erneut, was notwendig eine intensive Agitation für die Parteioorganisation und Parteipresse in den Gewerkschaften ist. — Die Verwaltungsstelle Frankfurt a. M. die im Jahre 1907 eine Mitgliederzunahme von fast 2000 (27,59 Proz.) zu verzeichnen hatte, zählte am Jahreswechsel 1906/7 — bei der Ausgabe der Fragebogen — 6230 Mitglieder. Von diesen füllten nur 2618 — also nur 41 Proz. — die Fragebogen aus. Und dies, obwohl die Fragebogen den Mitgliedern zum Teil erneut ins Haus gebracht wurden. So liegt nun auf der Hand, daß von den 2617, die an der Statistik mitbeteiligt sind, nur ein geringer Prozentsatz Mitglied der Parteioorganisation oder Abnehmer eines Parteiorgans ist. Denn man darf wohl von den organisierten Parteigenossen annehmen, daß sie eine derartige Statistik nach Möglichkeit unterstützen. Dieser Rückschluß beeinflusst wohl die Statistik im Verhältnis der Gesamtzahl der Mitglieder sehr ungünstig, muß aber in Betracht gezogen werden.

Von den 2618 Mitgliedern, die den ausgefüllten Fragebogen abgaben, sind 974 = 37,30 Proz. politisch organisiert. Die Parteipresse abonnierten 1540 = 58,83 Proz. Davon entfielen auf die „Frankfurter Volksstimme“ 1483, „Offenbacher Abendblatt“ 41 und „Ranger Volkszeitung“ 16 Abonnenten. Die Mitglieder verteilten sich über sechs Reichstagswahlkreise. Von allgemeinem Interesse ist nun die Feststellung, daß die in den ländlichen Kreisen wohnenden Mitglieder besser politisch organisiert sind, als die in Frankfurt wohnenden. Der Prozentsatz zu der Zahl der 2618 Mitglieder beträgt in Frankfurt a. M. für die politische Organisation 32,95 Proz., in Wahlkreise Friedberg-Waldungen dagegen 70,58 Proz.! Auch das Verhältnis zur Parteipresse ist ähnlich. Frankfurt a. M. steht bezüglich der prozentualen Zahl der Abonnenten eines Parteiorgans erst an vierter Stelle! — Eine Zusammenstellung über das Verhältnis der verschiedenen Altersklassen zeigt, daß die Altersklasse von 21—40 Jahren prozentual die günstigsten Siffern zur politischen Organisation wie zur Leserschaft der Parteipresse aufzuweisen vermag. Von den 974 politisch organisierten gehören nur 103 fünf Jahre oder länger der Partei an. Fast 60 Prozent sind aber erst ein bis zwei Jahre politisch organisiert.

Ein großer Mangel der Statistik ist, daß nicht festgestellt werden konnte, inwieweit die Mitglieder Abonnenten bürgerlicher Zeitungen sind. Die Fragebogen enthielten wohl eine derartige Frage — der größte Teil der Mitglieder füllte sie aber nicht aus. Er drückte sich an der Beantwortung der Frage vorbei, heißt es in dem Kommentar der Statistik. Das ist bedauerlich, aber auch sehr bezeichnend. — Durch die dem Fragebogen angelegten Aufnahmehefte wurden 150 Mitglieder für die politische Organisation und zweihundert Abonnenten für die Parteipresse gewonnen. Ein gewiß erfreuliches Ergebnis! Leider kann man dies von dem Gesamtergebnis der Statistik nicht sagen.

Geschlechtliche Erziehung in der Arbeiterfamilie. Von Dr. Julian Maruse. Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek, Heft 15, Buchhandlung Vorwärts, Preis 20 Pf. — In schöner Sprache eine sachgemäße Behandlung der vielleicht wichtigsten aller Erziehungsfragen. Die Schrift bietet eine sachgemäße Anleitung zur Beobachtung der Natur und zur Vermittlung an die Kinder in stufenmäßiger Folge, nebst beachtenswerten praktischen Ratschlägen (so der Hinweis auf die Gleichstellung der Genitalien und der Augen hinsichtlich der Schädlichkeit der Berührung). Entschieden hätte die Erziehung aller praktischen Erfolge durch die sozialen, namentlich die hygienischen Wohnverhältnisse betont werden dürfen. Gerade wo wir auf die neuen Hilfsmittel hinweisen, die wir heute anwenden können und müssen, drängt sich das Bewußtsein der großen Not und der Notwendigkeit einschneidender Eingriffe um so gebieterischer hervor. Zweifelsfrei bleibt mir, ob es richtig ist, wie es bei diesem Thema zum mindesten geschieht, mit der Erklärung sich viele Jahre auf den Geburtsvorgang und die vorhergehenden Zustände zu beschränken, die der menschlichen Befruchtung aber auf das Alter der Schulentlassung zu verschieben. Bis dahin dürfte sich in der Regel die mit Recht gefürchtete „Aufklärung“ von dritter Seite längst vollzogen haben. Wäre es nicht doch besser, diese Tatsache in einem so frühen Alter zu erklären, in dem jede sinnliche Nebenempfindung beim Kinde noch völlig ausgeschlossen ist, sodas dann alle weiteren Beobachtungen des Kindes sich in voller Unbefangtheit vollziehen und jedes Ausweichen und Umgehen überflüssig wird? Jedenfalls sollte, sobald das Kind von sich aus die weitere Frage stellt: wie aber kommt das Kind in den Mutterleib? die Auskunft nicht fehlen. Der richtige Zeitpunkt hierfür ist freilich nicht jedermanns Sache. Die Schrift eignet sich trefflich für nachdenkende und intelligente Arbeiter, Väter und Mütter, die dann wieder in ihren weiteren Kreisen erzieherisch wirken. Noch immer aber fehlt uns eine Schrift dieser Art, die ganz allgemeinverständlich gehalten ist, die keinerlei Voraussetzungen will. Sie möchte noch kürzer, mit großer Schrift und in kurzen Sätzen mit einfachen Gedanken gehalten sein. Vielleicht versucht sich einmal ein Arbeiter oder eine schlichte Mutter an dieser überaus dankenswerten Aufgabe.

Besondere Beachtung verdienen die Schlussworte mit ihrer kräftigen Betonung der Erziehung zur Selbstbeherrschung. „Tadel auch in der Erziehung Anleitung zur Überwindung von früh an vor allem eines Genusses, der der unermüdeten Begleiter der Sittlosigkeit ist, des Alkohols. ... Er ist nicht bloß im körperlichen Sinne das unheilvollste Gift für den kindlichen Organismus, er ist auch sein größter Feind, indem er alle sittlichen Regungen erstickt und die Herrschaft der Sinne, und zwar in tierischer Art, proklamiert. Der seine Kinder lieb hat, wer sie zu brauchbaren Mitgliedern der Gesellschaft heranziehen, und nicht im Kampf untergehen lassen will, der halte sie fern von diesem schädlichen, gleichartigen „Freunde“, der jenseit vor allem am eigenen Beispiele, das am tiefsten wirkt, das das Unheil, welches dem Alkoholgenuss kommt, Entfugung und damit Selbstzucht verlangt. In diesem Kampf

gegen niedere Triebe bewegt sich die Erziehung des Willens. Je zum Gemeingut zu machen, wird die Aufgabe derer sein, diese Kinder auch in geschlechtlicher Hinsicht der Natur wie der Welt gemäß heranbilden wollen.“ Das Schriftchen verdient weit Verbreitung und ernstestes Studium.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Umschärfer Jurist. Aus Halle a. S. berichtet man: Alle Rechtsgrundzüge scheint der bekannte Rechtsanwalt Suchs und von hier über den Haufen werfen zu wollen. Er hat geg die Genossen, Redakteure Däumig, Rolkenbühr und Fie vor dem Amtsgericht einen Zivilprozeß anhängig gemacht, indem er auf Grund der §§ 823 und 826 des Bürgerlichen Gesetzbuchs 100 M. Schadenersatz verlangt — weil ihm unsere Genossen einer gegen die guten Sitten verstoßenen Weise vorsätzlich Schaden zugefügt hätten. Bekanntlich hatte sich Suchsland durch zwei Artikel des „Vollblatts“ beleidigt gefühlt, gegen den vernehmen Verfasser, Genossen Thiele, geklagt und im Zeugniszeugungsverfahren die Genossen Däumig und Rolkenbühr vernommen. Suchsland fiel mit dem Prozeß hinein und mußte auch die Kosten bezahlen. Diese Schmerzensgelder will er nun auf und des Bürgerlichen Gesetzbuchs herausgeholt. Mit demselben die konnte Herr Suchsland, wenn ihm silberne Köpfe gestohlen werden sind, von einem Zeugen, der ihm nach bestem Wissen den Diebstahl nennen kann, Schadenersatz verlangen. Er will nun in dem Zivilprozeß den Redakteuren Sätze ausliehen usw. Das Gericht hätte schon das Unterste nach oben kehren, wollte es unsere Genossen Schadenersatzpflichtig machen.

Aus Industrie und Handel.

Mehlproduktion und Konsum in Deutschland.

Eine eingehende Produktions- und Konsumstatistik für Mehl und Meie im Deutschen Reich veröffentlicht die „Allgemeine Meie-Mühlens-Zeitung“. Die Konsumziffer ist genommen durch Division von Ernte und Ausfuhr und Abzug von Ausfuhr, Verbrau für Brennereizwecke und für die Ausfuhr. Danach ergeben sich folgende Konsumziffern:

	Verbrauch pro Kopf der Bevölkerung	Verl. Meiepreis pro 11 kg			
	Roggenmehl Weizenmehl Mehl zuf. in Kilogramm	Weizen oggen M. M.			
1892/93	80,2	49,8	120,6	—	—
1893/94	109,8	54,8	164,6	—	—
1894/95	104,7	61,4	166,1	—	—
1895/96	98,9	61,1	158,0	—	—
1896/97	105,3	62,0	167,3	—	—
1897/98	98,3	55,5	153,8	150	142
1898/99	103,1	61,1	167,2	160	141
1899/00	98,1	64,3	159,4	140	143
1900/01	98,5	64,3	162,8	155	141
1901/02	92,7	58,3	151,0	166	144
1902/03	106,8	69,5	176,4	182	135
1903/04	104,1	65,2	169,3	161	133
1904/05	93,2	65,0	164,2	170	140
1905/06	100,5	67,7	168,1	170	155
1906/07	97,2	67,9	165,1	182	160

Steigen die Preise, geht der Konsum zurück und umgekehrt. Daß die durch die Inlandserte zur Verfügung stehende Menge nicht ausschlaggebend ist für den Preis, zeigte sich besonders in den letzten Jahren. Im Jahre 1902/03 betrug die Ernte 9 494 160 Tonnen, im nächsten Jahre ging die Erntemenge um 410 843 Tonnen hinauf, der Preis ging auch noch um 2 M. auf 133 M. zurück. Das nächste Jahr brachte eine Ernte, die die des Jahres 1903/04 um 156 293 Tonnen übertrug, trotzdem stieg der Preis um 7 M. auf 140 M. Die Ernte des Jahres 1905/06 blieb hinter der vorjährigen um 453 935 Tonnen zurück, & Preis schnellte weiter um 15 M. in die Höhe; das letzte Jahr brachte dann wieder eine geringe Steigerung der Erntemenge, & Preis sprang nochmals um 14 M. hinauf. Ähnlich ist die Bewegung bei Weizen, wie ein Blick auf diese Zusammenstellung zeigt:

	1902/03	1903/04	1904/05	1905/06	1906/07
Ernte in Tonnen	3 900 896	3 555 064	3 804 828	3 690 852	3 980 560
Preis in M. pro Tonne	152	161	170	170	182

Im Jahre 1904/05 war die Erntemenge erheblich größer als im vorausgegangenen Jahre, der Preis zog um 9 M. an. Das Jahr 1906/07 brachte eine Erntemenge, die die des Jahres 1903/04 noch um 80 167 Tonnen übertrug; dabei war der Preis um 10 M. über den jenes Jahres hinausgegangen. Obwohl unsere Ernte den Inlandsverbrauch nicht deckt, ist im Jahre 1906/07 die Einfuhr gegen das Vorjahr um 3700 Tonnen zurückgegangen, die Zufuhr um 41 675 Tonnen gestiegen. Das ist eine wirksame Unterstützung des Schutzes der nationalen — Preistreiber.

Die deutschen Abrechnungstellen.

Der „Internationale Volkswirt“ veröffentlicht mit Hinweis auf den Reichshofgesetzentwurf eine ausführliche Darstellung über die Entwicklung der deutschen Abrechnungstellen. Danach ist die Zahl der Abrechnungstellen von 7 im Jahre 1853 auf 14 Ende 1907 angewachsen, die Zahl der Teilnehmer stieg von 85 auf 149 (1906), die Stückzahl der zur Abrechnung eingelieferten Papiere von 149 550 auf 1 183 907, die Summe der Einlieferungen von 887 57000 M. auf 45 313 103 600 M. und die auf Girokonten gutgeschriebenen Beträge von 3 121 843 000 M. (1884) auf 8 908 381 800 M. Die folgende Tabelle gibt ein Bild von der Anteilnahme der einzelnen Abrechnungstellen an dem Verkehr im letzten Jahre:

	Stückzahl der Einlieferungen	Summe der in M. Mark
Hamburg	5 870 888	10 311 858
Berlin	1 679 830	15 238 605
Frankfurt	445 839	5 639 220
Bremen	157 829	1 574 742
Dresden	154 065	1 006 181
Leipzig	152 015	646 404
Köln	147 975	303 794
Schwelm	129 283	568 048
München	104 279	318 667
Breslau	90 346	249 857
Stuttgart	87 767	244 670
Erfeld	81 319	190 107
Dortmund	66 851	99 080
Braunschweig	8 296	11 334
Total	9 183 997	45 313 105

Nehmen wir das Jahr zu 306 Geschäftstagen an, so rechnet Berlin täglich durchschnittlich 50,2, Hamburg 62,7 Millionen Mark ab. In den Vorjahren clearte Hamburg als führendes Institut durchschnittlich pro Tag 49,9, 52,7 44,6, 41,6, 39,6, 38,3 beziehungsweise 38,4 Millionen Mark. Der 1907er Tagesdurchschnitt von 18 Städten betrug 11,4 Millionen gegen 10,6 bezw. 10,2, 9,6, 9,27, 9,8, 9,6 und 9,8 Millionen Mark des Durchschnitts der vorhergehenden Jahre.

Alle Clearinghäuser — außer Braunschweig — zusammengefaßt ergeben eine tägliche Abrechnungssumme von 148,6 Mill. gegen 137,8 bezw. 122,8, 106,6, 101,0, 92,2, 96,3, 98 und 100,5 Mill. Mark in den Vorjahren. Das New Yorker Clearinghaus clearte 1907 täglich 1200 Millionen gegen 1140,6 Millionen Mark bezw. 1287,72, 940, 900, 1080 Millionen Mark in den Vorjahren. London wie im Vorjahre, etwa 855 Millionen Mark täglich, gegen 820, 708, 650, 670 Millionen Mark.

Verband sozialdemokrat. Wahlvereine Berlins und Umgegend.

Dienstag, den 25. Februar 1908,

abends 8 1/2 Uhr,

finden in folgenden Kreisen

Außerordentliche General-Versammlungen

statt.

2. Wahlkreis.

Hofjäger-Palast, Sosenheide 52-53.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag, 2. Stellungnahme zu anderen Vorschlägen zur Verbands-Generalversammlung, 3. Wahl der Delegierten, 4. Verschiedenes.

3. Wahlkreis.

Armin-Hallen, Kommandantenstraße 58-59.

Tages-Ordnung:

1. Unsere gegenwärtige Politik, Referent: Reichstagsabgeordneter Wolfgang Petze, 2. Die Verbands-Generalversammlung und Wahl der Delegierten.

4. Wahlkreis.

Kellers Festfale, Koppenstr. 29.

Tages-Ordnung:

1. Der Wahlrechtskampf und die Gewerkschaften, Referent: Gewerkschaftssekretär Albin Wobbe, 2. Beiträge zur Verbands-Generalversammlung und Wahl der Delegierten.

5. Wahlkreis.

Schützenhaus, Eitenstr. 5.

Tages-Ordnung:

1. Die sozialpolitischen Gesetzesvorlagen im Reichstag, Referent: Reichstagsabgeordneter Robert Schmidt, 2. Die Verbands-Generalversammlung und Wahl der Delegierten.

6. Wahlkreis.

Ballschmieder, Sadstr. 16.

Tages-Ordnung:

1. Wahl der Delegierten zur Verbands-Generalversammlung, 2. Fortsetzung der Diskussion über das Referat von Schippel und Korresondant von Ledebour über „Kolonialpolitik“, 3. Verschiedenes.

Ohne Mitgliedsbuch keinen Zutritt.

Zahlreichen Besuch erwartet

Der Aktions-Ausschuß.

Achtung! Maurer. Achtung!

An die Mitglieder der bisherigen „Freien Vereinigung der Maurer Deutschlands“

Ortsverein Berlin.

Mittwoch, den 26. Februar, abends 8 1/2 Uhr, in der Musikerbörse, Kaiser-Wilhelm-Straße 18m:

Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Wahl des zweiten Vorsitzenden und ersten Schriftführers in den Zweigvereinsvorstand des Verbandes der Maurer, 2. Wahl eines Revisors, 3. Wahl der Mitglieder zur Besondere- und Schiedskommission, 4. Wahl eines Vertreters zur Berliner Gewerkschaftskommission und zweier Delegierten zur Konferenz, 5. Verschiedenes.

Mitgliedsbuch (Verbandsbuch und altes Vereinsbuch) legitimiert.

120/16

Der Vorstand. J. A.: Gustav Zeglin.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.

Mittwoch, den 26. Februar, abends 8 1/2 Uhr, in Freyers Festfale, Koppenstr. 29:

General-Versammlung

Tages-Ordnung:

Rollenbericht vom 1. Quartal 1907, Bericht des Vorstandes, des Arbeitsvermittlers, des Bibliothekars, der Berichterstattungskommission und des Obmanns der Schlichtungskommission. Ersuchen zur Ortsverwaltung, Wahl der Bureauangehörigen, Anstellung eines weiteren Hilfsarbeiters, Anträge, Verbandsangelegenheiten.

Eintritt nur mit Mitgliedsbuch. Die Ortsverwaltung.

Die Kollegen, die noch keine Jahresberichte erhalten haben, können sich dieselben jeden Abend von 5-7 Uhr durch die Werkstatt-Vertrauensleute vom Bureau abholen lassen.

Zahlstelle 44 ist von Löwestr. 21 nach Tilsiter Str. 27 verlegt.

Freitag, den 28. Februar, vormittags 10 Uhr, in Freyers Festfale, Koppenstr. 29:

Versammlung der arbeitslosen Verbandsmitglieder.

M. Krügers Speise-Leinöl

ist das Beste, täglich frisch und garantiert rein. — Hausfrauen! Wenn Sie wirklich schmackhaftes, fettes und reines Speise-Leinöl genießen wollen, dann achten Sie bei Einkauf stets auf das **Flaschen-Etikett**

„Spreewälderin in Nationaltracht“ und fordern ausdrücklich

M. Krügers Speise-Leinöl. Dasselbe ist in besseren Kolonialmärkten und Vorverkaufsstellen zu haben. Sollten Sie bei Ihrem Kaufmann, bei dem Sie Ihre Einkäufe zu machen pflegen, M. Krügers Speise-

Leinöl „Marke Spreewälderin“ nicht erhalten können, so bekommen Sie dasselbe in den Geschäften nebenan oder gegenüber hier.

Engros-Lager Berlin 80., Skalitzer Straße 105.

Bruch-Pollmann

empfehlen sein Lager in Bruchhandagen, Leibnizstr., Garadenhallen, Spitzon, Sponsoren sowie sämtliche Artikel zur Krankpflege. Eigene Werkstatt.

Telef. 1. Ort- u. Hilfs-Stranctanten Berlin N., 14892

iecht Solhringer Straße 60.

alle Bruchbänder mit elastischen Be-

loten, angenehm u. weich am Körper.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau: Hof L. Amt 3, 1239. Charlottenstraße 3. Hof III. Amt 3, 1987.

Mittwoch, den 26. Februar 1908, abends 8 1/2 Uhr:

Allgemeine Klempnerversammlung

in den Andreas-Sälen, Andreasstraße 21.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Reichstagsabgeordneten Genossen Bräune über: „Die sozialpolitischen Vorlagen im Reichstag.“ 2. Diskussion, 3. Branchen- und Verbandsangelegenheiten.

NB. Da unter Branchenangelegenheiten wichtige Mitteilungen zu machen sind, ist das Erscheinen aller Kollegen dringend notwendig. Auch werden in dieser Versammlung die Vorschläge zum Klempnervergütung, welches am 14. März bei Heller (Koppenstraße) stattfindet, ausgegeben.

Mittwoch, den 26. Februar 1908, abends 6 Uhr,

im Rosenthaler Hof, Rosenthalerstr. 11/12:

Versammlung der Chirurgischen Branche

Tages-Ordnung:

1. Bericht der Agitationskommission und des Arbeitsvermittlers und Neuwahl derselben, 2. Das Wesen der Lohn- und Vorkarbeit, 3. Diskussion, 4. Verschiedenes. — Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Mittwoch, den 26. Februar 1908, abends 8 1/2 Uhr:

Versammlung der Gold- und Silberarbeiter und verwandten Berufsgenossen

im Meyers Gehälen, Sebastianstraße 39.

Tages-Ordnung:

1. Der Kampf zwischen Kapital und Arbeit, Referent: Genosse Emil Goetze, 2. Diskussion, 3. Verbandsangelegenheiten.

Die Kollegen, insbesondere die Vertrauensleute, werden ersucht, für guten Besuch der Versammlung zu sorgen.

Donnerstag, den 27. Februar 1908, abends 6 Uhr:

Bezirks-Versammlung für Tegel und Umgegend

in Trebecks Festfale, Tegel, Bahnhofsstraße 1.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag über: „Die Berliner Metallarbeiter im Jahre 1907.“ 2. Wahl der gesamten Bezirksleitung, Agitations- und Bibliothekskommission, 3. Verschiedenes. Mitgliedsbuch legitimiert.

Der wichtigsten Tagesordnung wegen ersucht um regen Besuch Die Ortsverwaltung.

Möbelfabrik „Stern“

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.

Die diesjährige

General-Versammlung

findet am 9. März, abends 8 Uhr, in unserem Geschäftsflokal, Rasthofstraße 18, statt.

Tagesordnung:

1. Abrechnung vom Geschäftsjahre 1907, 2. Wahl des Vorstandes und des Aufsichtsrats, 3. Verschiedenes. Die Bilanz liegt zur Einsichtnahme für die Genossen im Geschäftsflokal aus.

Der Vorstand.

Krüger, Kornetky.

Möbelfabrik „Phönix“

Samstag, den 8. März, vormittags 1/9 Uhr,

im Geschäftsflokal, Cobliner Str. 21:

General-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Jahresbericht, 2. Neuwahlen, 3. Geschäftliches.

103/16 Der Vorstand.

Soeben erschienen ist in zweiter, durchgesehener Auflage:

Der 245/7

Referenten - Führer

von Eduard David.

Eine Anleitung zum Verwerb des für die sozialdemokratische Agitationsfähigkeit nötigen Wissens und Abnehmens Preis 1.50 M.

Expedition des Vorwärts, Berlin SW., Lindenstr. 69. Laden.

30 ff. Bükl.

große Prachtware 10 schöne Zylinder 1/2 Sprötte per Zahn geg. Nachnahme von 2.25 M. unfrankiert nur an die Ref. des Vorwärts

E. Degener, Swinemünde 8 2.

Dr. Lohmann's

FIX-FERTIG

wäscht selber

fix und fertig

Man löst den Inhalt des Paketes in 5 Eimern kalten Wassers auf und rührt gut um. Dann wird soviel trockene Wäsche hineingelegt, daß alles vom Wasser gut bedeckt ist. Jetzt wird eine halbe Stunde oder länger gekocht. Nachdem das Ganze im Zuber etwas abgekühlt, ist die Wäsche vollständig sauber und schneeweiß, nur sehr schmutzige Stellen werden leichtnackgewaschen. Bunte Wäsche kann, wenn sie „wäscht“, wie weiße Wäsche behandelt werden. Zuletzt wird die Wäsche gründlich gespült, bis das Wasser klar abläuft, und ist

FIX-FERTIG

(Ges. geschützt.)

Überall zu haben:

Preis 60 Pf., Kleines Paket 25 Pf.

Allgemeine Fabrikanten:

Höppner & Co., G. m. b. H.

Berlin-Schöneberg, Hauptstr. 129.

Amt VI. 212

Lege-Hühner

garantiert junge beste Lege, a 2.50 und 3.00 M., verkauft Wegner, Berlin 90., Mariannestr. 34. 104/3

Soldinerstr. 16 zu vermieten

Bohnung, 2-1 Zimmer, sofort.

1000

Nur einmal jährlich!

Inventur-Extrapreise

Gardinen

abgepaßte Fenster, weiß und creme

Schallänge pro 2,75 Mtr. Fabr. M. 2 85

Schallänge pro 3,20 Mtr. Fabr. M. 4 35

imit. Point-lace-Gardinen, pr. Fabr. M. 5 35

Eleg. Secessions-Tüll-Stores M. 1 75

Gestickte echte Spachtel-Stores M. 7 85

Goldfarb. reich-gestickte Band-Stores M. 3 85

Tüllbett-Gr. 180/220 decken cm M. 2 85

Reichgest. Erbs-tüllbettdecken M. 6 25

Elegante Tüll-Betrückwände M. 5 55

Brise, Bisse (Scheibenschleier) Stück 0,22 Pf. (Wert 0,50 Pf.)

Gardinen-Spezial-Haus

Emil Lefèvre

Berlin Süd. Seit 1882

Oranienstr. 158

Unter- nirgends Füllalen!

Nach auswärts per Nachnahme

Inventur-Extralliste

billiger Sonderangebote

gratis und franko.

! TALER !

Bürger-Kommission.

Täglicher Versand

Berlin und Vororte franko Haus.

Preise ohne Verbindlichkeit nur bei Kommiss.-Bezug.

1 Pfd. Ia. Zucker, gem. 0,09

1/2 Pfd. Brot, ca. 2 Pfd. 0,23

1/2 Pfd. fl. Schmalz-Butter 0,65

2 Pfd. Ia. Tafelbutter 0,10

10 Schachteln Schweden 0,05

1 Pfd. Ia. Rispapier 0,34

1/2 Pfd. Ia. gebr. Kaffee, D. W. V. Mischung 0,60

1 Pfd. Ia. Rangen-Tafel-Reis 0,16

1 Pfd. Ia. gesch. Vikt.-Erbsen 0,18

1 Pfd. Gerstendudeln 0,38

in Summa Mark 3,00

Hierzu 1 Rabattkarte gratis!

mit 4 Marken

Für sämtliche vorbestellte Kommissions-Waren (nur erstklassiger Qualität) kann außerdem beliebiger Ersatz aus Rubrik II unseres Prospektes (Preis 0,10) ausgewählt werden.

Täglich frisch eintreffend in nachstehend verzeichneten Lagern erhältlich:

Große primiss. Goldstempel-Apfelwein pro Dutzend 0,46

Mittelgroße primissima Goldstempel-Apfelwein pr. Dutz. 0,39

Mittelgroße primiss. Massina-Zitronen pro Dutzend 0,42

Hierauf 5 % Rabattmarken und 1 % Nebenkartengutschrift.

Deutscher Waren-Einkaufs-Verein

G. m. b. H. Berlin 47 G. m. b. H.

Fernspr.: Engros-Lager Amt 6 No. 1629

Hauptbureau Amt 6 No. 9004

Unsere Berliner Hof-Verkaufslager befinden sich:

Leipziger Straße 101/102, Oranienstr. 90, Kreuzbergstr. 30, Chausseestr. 1a, Schöneberg, Hauptstr. 129.

Gummitwaren jeder Art

— Billigste Bezugsquelle

Drogerie Weinbergsweg 1

direkt am Rosenthaler Tor.

Engelhardt-Malzbier

das beliebteste, überall käuflich.

Preis 10 Pf. pro Flasche.

Brauerei Ernst Engelhardt Nachf., Pankow.

Größte Malzbier-Brauerei Deutschlands.

Manoli Abbas
Beste 3 Pfg. Cigarette.

Frühjahrsneuheiten.
Jackett- u. Paletotkleider
In neuesten Fassons und Farben aus feinem Tuch | aus besten engl. Stoffen
20, 25, 30, 40. | 12, 18, 24, 30.
Garnierte franz. Kleider, Trauerkleider mit eleganter Spachtelgarneuerung 18, 24, 30 M.
Neueste **Kostüm-Röcke** elegant garniert
Fusstfreie Röcke | Bordüren-Röcke garantiert regelecht | in Falten gelegt 3, 6, 8, 10, 12, 15 M.
Hochlegante Tuch- und Taffetröcke. Ein grosser Posten gefütterte wollene Blusen 3.⁵⁰ M. Tüll-, Spachtel- und seidene Blusen.
Elegante Theater- und Abendmäntel aus f. Tuch in den neuesten Pastellfarb. 20, 30, 40 M. früh. 50-85 M.
1000 Uebergangspaletots aus englischen und glatten Stoffen 10, 12, 15, 20 M.
Frauenmäntel, Havelocks.
Sämtl. Konfektion auch für starke Damen stets vorrätig.
Sielmann & Rosenberg
Kommandanten-, Ecke Lindenstrasse.
12 Schaufenster — 2 Häuser vom Dönhofs-Platz.

Überraschende Neuheit
garantiert unschädlich
kein Chlor
kein reiben
vollständig ungefährlich
kein Waschbrett
kein bürsten
Persil
Modernes Waschmittel
für jede Waschmethode passend
Henkel & Co. Düsseldorf.

Rothenburger Versicherungs-Anstalt a. G. in Görlitz.
Gegründet im Jahre 1856.
Zugelassen zum Geschäftsbetriebe im ganzen Deutschen Reiche.
Grösste deutsche Anstalt für Sterbegeld-Versicherung.
Billige Beiträge. Sehr vorteilhafte Bedingungen.
— Alle Ueberschüsse fallen den Mitgliedern zu. —
Dividende seit 1898 ständig 25 % eines Jahresbeitrages, für ältere Versicherungen 50 %.
Versicherungsbestand 1/2 Mill. Versich. über 86,3 Millionen M. Gesamtvermögen 24,2 Millionen M.
Seither ausgezahlte Sterbegelder etc. 13,4 Millionen M.
Seither an die Mitglieder überwiesene Dividende 6,5 Millionen M.
Höchstzulässige Versicherungssumme M. 3000, zahlbar nach Wahl auch schon bei Lebzeiten. Keine ärztliche Untersuchung.
Neu aufgenommen:
Kinder-Versicherung bis zu 1000 M. (ebenfalls mit Gewinnbeteiligung). 111/11*
Nähere Auskunft erteilen und Anträge nehmen entgegen die Direktion sowie die Einnahmer der Anstalt.

Berlin SO. 16, Engel-Ufer 5.
H. & P. Uder,
Fabrik-Lager sämtlicher gangbarer Kautabake.
Spezialität: **Nordhäuser Kautabak**
stets frisch zu billigsten Engros-Preisen. 1832 L*
Amt 4, 3014.

Berliner Eisenmöbel-Fabrik
CARL SEIFFERT
Eiserne Bettstellen in allen Ausführungen
Patent-Matratzen Chaiselongues etc.
Grosse Frankfurterstr. 135
Kein Laden. Verkauf Hof-Quer-gebäude 17 Treppe

Jedes Wort 10 Pfennig.
Das erste Wort (fettgedruckt) 20 Pfg. Stellengesuche und Schlachtstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN
für die nächste Nummer werden in den Annoncenstellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 3 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Teppiche mit Farbenleibern Fabrik-leberlage Große Frankfurterstrasse 9, parterre kein Laden. Mauerhof. +1
Gardinenhaus Große Frankfurterstrasse 9, parterre. Kein Laden. Mauerhof. +1
Steppdecken billig Herbst Große Frankfurterstrasse 9, parterre +1
Nähmaschinen. Vergüte bis 20,00 wer Teilzahlung läuft oder nachweis. Sämtliche Systeme. Postkarte genügt. Dreuzer, Frankfurter Allee 101, Laden. 29708*
Teppiche! (Jederballe) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichgeschäft Brünn. Caféstr. Markt 4, Dönhofs Ecke. 264/11*
Speisezimmer mit Bierzucht und schreibenden Kasten, komplett 725. Herrenzimmer mit freistehendem Schreibtisch 600. Salon, komplett 550. Schlafzimmer mit dreiteiligem Schrank, schwere Arbeit, gefirnigt, Stahlboden, komplett 550. Vorküchenstrasse 26, Aufwahrungspfeiler. *
Steppdecken portbillig. Fabrik Große Frankfurterstrasse 60. 29938*
Wegen Feuergefahr muss ich verschiedene Herrenzimmer räumen, darunter verkaufe Möbel bis 1. März 30 Prozent billiger. Einlage Einrichtungen 200, 250, bessere 300, 350, 400 — 15 000 Mark. Herrschaftliche Wohnungs-Einrichtungen, wie Speisezimmer, eigene, komplett 700 Mark. Herrenzimmer, Salon, Schlafzimmer, Gastzimmer, Ankleidekabinette, Schreibtische, Wäschloas, Säulentrumeau, Lederstühle, Bettstellen, moderne Klagen. Aufwahrung bis zur Abnahme kostenlos in extra trockene Speicher. Gedruckt von 8-8, Sonntags 8-2. Bei sofortiger Kasse noch extra 2 Prozent! Kollingerstrasse 26, Hof, Speicherecke. 1565*
Kinderbettstelle. Kinderwagen, Sportwagen, zurückgelehnt, gebrauchte Sportbillig Kinderbettstelle 53. 918*
Uhren. verfallene, sportbillig. Gubenstrasse 3-4, Pfandleihe. 26068*
Jährlich nur einmal Inventur-Räumungsverkauf im Teppichhaus Emil Lejore, Oranienstrasse 158. Erstmalig gratis. 1078***Große** Diamanten 4,35, Karant, doppeltseitig 7,50, Pa. Wäsch 23,50, Diamantbänder, reichgefilzt, 3,85. Inventur - Extrapreis. Teppichhaus Emil Lejore, Oranienstrasse 158.
Möbelinventur. Auktionen auf zu bedeutend herabgesetzten Preisen. Ganze Ausstattungen und Einzelmöbel. Jedes Stück trägt den bis herigen und den herabgesetzten Preis sichtbar. Otto Gorbahn, Spezialmöbelhaus, Landsbergerstrasse 82.
Reichgefilzte Tischdecken in Blau, 1,85, in Vellorot 2,35, echt Blau 5,25. Inventur - Räumungspreis. Teppichhaus Emil Lejore, Dammstrasse 158. 1166*

Heberfähige Herrenanzüge, Herrenpaletots, nur hochpreisige Ausführung, ausverkauft Engrosfabrik einzeln zu Engrospreisen. Enorme Gelderparnis 2-4 geflossen. Sonntagsverkauf 12-2. Neue Friedrichstrasse 37, III. 29379*
Möbelfabrik H. Kollz, Tischlermeister, liefert einzelne Möbel sowie ganze Einrichtungen per Kasse und auf Teilzahlung zu billigsten Preisen. Berlin N., Honsdorfstrasse 40. Telefon III 5952. 28152*
Nähmaschinen. Zahlreiche Vergütungen. Hauptlager aller Preisklassen. Nähmaschinen. Grunda, Rohmeyerstrasse 19. +101*
Möbelfabrik, Oranienstrasse 58 direkt Vorplatz. In meinen fünf Etagen stehen komplette Wohnungs-Einrichtungen in jeder Preislage vom Einzelstücken bis zum Eleganteren. Besonders Gelegenheit bietet ich in verlebten gewiesenen. Ich neuen Möbeln, die bedeutend herabgesetzt sind. Behaltigung erbeten, ohne Kaufzwang. Anlässlich 20% verkaufe ich Chaiselongues 20, Schlafsofa 33, Satteltischchen 45, Vannerloja 55, hohlegante Gardinen 75, Säulentrumeau 33, Bettstelle mit Matratze 16, Auszieh-tisch 18, Tischleuchte, Vertiko 20. Verkaufte Möbel können drei Monate kostenlos lagern. Teilzahlung gestattet. Kein Laden, direkt Fabrik. Auch Sonntags geöffnet. Mauerhof gratis. 2992K*
Winterpaletots. Gebrodamsäge, Badellanzüge, Bettdecken, Gardinenverkauf, Wäscheverkauf, Pfänderverkauf, verschiedenes Sportbillig, Pfandleihhaus, Weidenweg neunzehn.
Möbelfabrik liefert gebogene, Wohnungs-Einrichtungen äußerst billig. Bunte Klagen. Auch Räumungsverkauf. Kein Laden. Darnack, Tischlermeister, Drosselstrasse 124, nahe Kottbuser Tor. Genossen erhalten 3 Prozent. *
Metallbetten. Kinderbettstelle, Kinderwagen, Sportwagen, gebrauchte, zurückgelehnt. Schneider Kurfürststrasse 172 (Demmerstrasse) 638*
Wiedehaus Oranienstrasse 28, I, Ecke Mitterstrasse: verfallene Pfänder, Brillanten, Goldschmuck, Uhren, Ketten Sportbillig jeder Gelegenheit. 29058*
Möbelfabrik Brunnenstrasse 182 Gelegenheitskäufe ganzer Wohnungs-Einrichtungen wie einzelner Stühle, Säulentrumeau, Tischchen, Wäschloas, Bettstellen, Ankleidekabinette, Ankleidekabinette, Leppiche, Wäschloas 23,-, Spiegel, Spiegelständer, Kommoden, moderne Klagen, Narmortisellen, Ausziehische, Sofa'sche usw., alles Sportbillig. 29058*
Geschäftsdrucken. äußerst stabil, 50,00. Holz, Blumenstrasse 30b.
Wittgeschäfts-Einrichtungen. Tischleuchte, Klagen, -Kasse, -Küche, -Tische, -Blogsäulen, Buttermaschinen usw. Billig! Jordan, Tischlerstrasse 21. 2756*
Möbel auf Teilzahlung, Brunnenstrasse 62. 111/4*

Möbelangebot. Im Anhalter Bahnhofstrasse 25, Anhalter Bahnhof, direkt Hochbahnstation Möbelerträge, stehen verschiedene Einrichtungen zum Verkauf. Darunter befinden sich hochmoderne Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer, auch einzelne Salonarrangements, Vaneelloas, Bibliotheken, Ankleidekabinette, Ruhbaumbänke, Bronzekrone, Deigemalde, Schreibtische 28,00, Kuchentische mit prachtvoller Dimanbede 22,50, wunderhohle Säulentrumeaus 30,00, hohlegante Salonteppe, schon 14,00 bis zu allerhöchsten Saalteppichen, allerhöchste Nummer 8,00, reichgefilzte Ueberzüge, ohne Kaufzwang, Tischlampen, Steppdecken, Salontische, Standuhren, prachtvolle Pfandleihbüchsen 5,00. Verschiedene Gelegenheiten, Uebernahme vollständiger Warenlager. Wirtschaften, Kontorgeräten, Nähkäse, zum leichten Verkauf und Verfertigung. Otto Leibes Kaffee- und Möbelfabrik. Rollenlofer Transport. Lagerung. 2508*
Betten. Stand 11,00, zweifach 16,00 Mark. Gubenstrasse 3-4, Pfandleihe. 2598*
Herrenrad. Damenrad wie neu, 45,00. Holz, Blumenstrasse 30b. 2128*
Kartoffeln. rote, Zentner 3,00, 10 Pfund 0,32, mehlig, gesund, richtiges Gewicht. Kollz, Steinmühlstrasse 113, Berlin, Steinhilberstrasse 119. 2908*
Bruchgeräte. Gemenge, Zentner Schmalz ab Speiser, Neue Schönhauserstrasse 204. 2945*
Gelegenheitskäufe: Paletots, Anzüge, Hosen, Koffer, Revolver, Teiching, Uhren, Goldschmuck, Kessel, Sportbillig. Lude, Oranienstrasse 131.
Reisekoffer. Opernklavier, Reizzeuge, Regulatoren, Pfeifschlinger, Harmonikas, Geigen, Klagen, Silber, Leppiche, Sportbillig. Lude, Oranienstrasse 131. 2908*
Anzüge. Paletots nach Maß sowie zurückgelebene Wäschchen nach Inventur für die Hälfte des sonstigen Wertes. Wlahm u. Co., Friedrichstrasse 212 I. Kein Laden! 111/15
Pfandleihhaus! Hermauplay 6. Pfänderverkauf! Gardinenverkauf! Staudend Billige Herrenanzüge! Herrenpaletots! Sportbilliger Bettdecken! Wäscheverkauf! Pfandleihbüchsen! Steppdecken! Teppichverkauf! Uhrenverkauf! Kettensverkauf! Ringverkauf! Schmuckwaren! Nähmaschinen! Sonntags ebenfalls geöffnet.
Pianino. hohes, 110,00 Mark. Garantiefrein, Lammstrasse 8 I.
Dringend. Wegen Aufgabe einer ganzen Etage verkaufe Wäschloas, Bettstellen, Tischleuchte 28 Mark, Ausziehische, Stühle 3, Kuchentisch 12, Säulentrumeau 30, Bettstelle mit Matratze, Kommode, Waschtische 20, Herrenschränke 10, Vaneelloas, Kuchentische, Schlafsofa 30, Rückenmöbel, gefirnigte Ruhbaumbänke, Ankleidekabinette 50, Federbetten Stand 20. Auch Teilzahlung. Wallstrasse 81.*

Wadentisch. Regal, sofort, Schönhauser Allee 66, Caerngebäude. 293/13
Geige. alt, sehr billig zu verkaufen. Romakowsk, Hilschstrasse 31, Hof.
Bettstelle mit Matratze, Sofa, je 20 Mark verkauft Kollz, Dfien, Hilschstrasse 31. +119
Geschäftsverkäufe.
Destillation. 10 Jahre in einer Hand, nebenan Neubau. Auskunft gratis, Kolonnenstrasse 140. +79*
Restoration. Fabrikgeschäft, Stahlstelle, sofort zu verkaufen. Offerten unter E. S. an die Expedition Steinhilberstrasse 10. +79*
Paraffin sofort zu verkaufen. Gräuelstrasse 31. 2935
Restaurant sofort preiswert zu verkaufen. Auskunft Frenzauer Allee 232. 2985*
Restoration. nachweislich sichere Erträge, Preis 2000, Brauerei 700, Miete 1500. Köpfer, Wartgenstrasse 102. 2925
Vollwertwarengeschäft. Osten, Preis 4700, Anzahlung 2700, Reinverdienst 2400, Miete mit Wohnung 67,00, unzugänglich. Gute Erträge! Auskunft Gelas, Viktoriastrasse 15, I.
Kolonial. Obst-, Gemüsegeschäft, auch ohne Kasse, wegen Uebernahme einer Zigarrenfabrik, billig, ertragsreicher. Nachtrag, Blumenstrasse 69, Restauration. +124

Zwei Vereinszimmer, 20 und 60 Personen, passend für Jahrestellen und Sitzungen, zu vergeben. Bäder, Pfingststrasse 8. +92*
Mittagstisch! Reichlich, schmackhaft, mit Bier, Kaffee, Apfelwein 50 Pf. Täglich drei Gerichte. Annenstrasse 16, parterre. 244/30
Komier. billig, mocht Köpferstrasse 147, Schwarz. 3055
Schaufgeschäft wegen Krankheit zu verpachten. Auskunft bei Weinmann, Hennigsdorferstrasse 24. +116
Vaubenland. Kartoffelbau, Quadratrate 0,20, Treptom, verpackt Langenberger, Schleifstrasse 41. 3015
Arbeitslose Vortagegenossen können sich lohnenden Erwerb verschaffen. Adressen erbitte Hauptexpedition unter M. I. 2995
Erwerbsklärung. Nehme die Beileidigung gegen Familie Treig, Bankstrasse 45a, zurück, erkläre die Beileidigung ehrenhaft. Kollz, Viktoriastrasse 45a. +77
Spil. weicher, entlaufen. Wiederbringer Belohnung. Kollz, Viktoriastrasse 16, Gorbahn. +114
Violinen. alle, auch defekte, kauft August Kollz, Südosten, Kaufstrasse 52. +16*

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.
Blinder Stadtschreiber bittet um Arbeit. Stühle werden abgeholt und zurückgeliefert. U. Wälder, Mauerhofstrasse 27. 14685
Stellenangebote.
Tüchtigen Stempelfeher sucht Stempelfabrik, Mitterstrasse 11. 111/12
Vollerer auf Naturstoffe verlangt Stempelfabrik, Mitterstrasse 59. 29955
Tüchtigen Klempner auf Ofen und Wannen verlangt Köpferstrasse 27, III, Hof parterre. 3005
Weitere Frau Tags über Charlottenburg, Kommissarstr. 33, Schuhmacherecke. +100
Zeitungsfrau verlangt Heftschreiberin. 3085
Kriserinnen nur im Hause verlangt Schneiderhauer, Alie Jakobstrasse 156/157. 1738*

Am Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.

Tüchtiger Schnitzzschlosser
auf Rössenstraße nach Süddeutschland für sofort gesucht. Solcher, der auf Stahl-Blech-Blomben schon gearbeitet hat, erhält den Vorzug. Offerten mit Lebenslauf unter L. I an die Expedition erbeten.

Deutscher Holzarbeiter-Verband
Zahlstelle Berlin.
Wegen Streit und Differenzen ist gesperrt:
Für Tischler, Vollerer, Sackler und Maschinenarbeiter:
Dischelt, Wundtstrasse 18, 79/131 Die Erwerbsverwaltung.
Achtung! Fliesenleger!
Die Firma Otto Ramin, Schöneberg, Schönebergstrasse Nr. 1, ist wegen Unbilligkeiten für sämtliche Fliesenleger gesperrt.
Die Namen liegen:
Speyerstr. 21, Schöneberg.
Augustenburgerstrasse, San Ruttner.
Villichstr. 30.
Wandenerstrasse, Charlottenburg, San Ruttner.
Dreilestrasse, Schmargendorf, San Ruttner.
Helslstrasse 6, Groß-Lichterfelde, San Ruttner.
Der Fliesenleger Hans Gödel, Zehlendorf, sucht mit allen Mitteln Fliesenleger für die gesperrten Arbeiten anzuwerben.
Der Sektionsvorstand und die Freie Vereinigung der Fliesenleger.

Eriter fortschrittlicher Arbeitertag

Essen, 23. Februar. (Eig. Ber.)

Der liberal-demokratische Arbeiterausschuss in Düsseldorf hatte auf Sonntag in das Hansa-Hotel in Essen einen fortschrittlichen Arbeitertag einberufen...

ParteiSekretär Bruno Boersch (Freisinnige Vereinigung) redete sodann über die Forderungen der fortschrittlichen denkenden Arbeiterschaft...

An der nun folgenden Diskussion beteiligten sich zahlreiche Delegierte. So weit Arbeiter zu Wort kamen, läßt sich als die vorherrschende Meinung folgendes feststellen: Entschiedene Abneigung gegen die Blockpolitik...

Einige Redner und bürgerlichen Kreise (Rechtsanwalt Lebortmund, Professor Gauer-Eberfeld, Abg. Pottmann, ParteiSekretär Ebel) suchten das Ungeheim der Kritik auf Seiten der Arbeiter einzudämmen...

Folgende Beschlüsse wurden gefaßt:

I. Der erste fortschrittliche Arbeitertag für Rheinland und Westfalen erklärt: Der Liberalismus kann nur dann darauf rechnen, die letzten Reste der Arbeiterschaft zu behalten...

Vorlage über die Arbeitskammern in ihrer jetzigen Form abzulehnen.

Außerdem hätten die Delegierten eine weitwichtige Sozialpolitik auf kommunalem Gebiete und die Schaffung eines Kommunalprogramms für unabhangig.

Die fortschrittlich denkende Arbeiterschaft kann bei den Wahlen nur Kandidaten unterstützen, die für diese Forderungen eintreten.

So besondere Gründe dafür sprechen, sollen fortschrittliche Arbeitervereine errichtet werden.

Der Arbeitertag hält ferner die Schaffung einer großen liberalen Partei für dringend notwendig, weshalb er die Fraktionsgemeinschaft der freisinnigen Parteien als den ersten Schritt auf diesem Wege mit Freuden begrüßt.

Der fortschrittliche Arbeitertag für Rheinland und Westfalen protestiert ganz energisch gegen die Erklärung des Fürsten Bülow in Sachen der preussischen Wahlrechtsreform...

a) Wohnungswesen: Gesetzliche Vorschriften über die Vermietung von Wohnräumen durch Arbeitgeber. Verbot jeglicher Mietbestimmungen, nach denen das Mietverhältnis gleichzeitig mit dem Arbeitsverhältnis erlischt...

b) Pensionskassenwesen: Wohlfahrtskassen irgend welcher Art, zu denen die Arbeiter Beiträge leisten müssen, dürfen nur unter gleichberechtigter Mitverwaltung der Arbeiter stehen.

c) Warenlieferung: Verbot der direkten oder indirekten Warenlieferung an die Arbeiter durch die Arbeitgeber, sofern nicht die Arbeiter an der Geschäftsführung und Abrechnung beteiligt sind.

Endlich wurde beschlossen, daß der bisherige liberal-demokratische Arbeiterausschuss als Zentralkomitee für die fortschrittliche Arbeiterschaft folgende Aufgaben zu erfüllen hat: Er soll Stellung nehmen zu allen Fragen, die die Arbeiterinteressen betreffen...

Konferenz für den vierten Gau des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Der vierte Gau umfaßt Berlin, die Provinzen Brandenburg und Posen. Die Konferenz tagte am Sonntag und Montag in Berlin im Voelkersaal, Webersir. 17.

Darauf erstattete Stuche den

Geschäftsbericht des Gauvorstandes.

Der Bericht erstreckt sich auf die beiden Jahre 1906 und 1907. Es war, wie der Referent sagte, eine Zeit reicher Tätigkeit für den Gauvorstand. Es wurden 552 Versammlungen, 85 Werkstatthalbungen, 116 sonstige Sitzungen und Besprechungen abgehalten...

übrig, 444mal mußte der Gauvorstand bei Lohnbewegungen und Differenzen eingreifen. Der größte Lohnkampf wurde in Berlin und Umgebung geführt. 10.797 Kollegen waren daran beteiligt.

Den

Rassenbericht

erstattete Leopold. In den beiden Jahren der Berichtszeit betrugen die Einnahmen 37.523,56 M., die Ausgaben 36.538,76 M., bleibt ein Bestand von 984,80 M.

Nach einer unternünftlichen Diskussion über die Berichte folgte ein Vortrag des zweiten Verbandsvorsitzenden Leipziger St. St. St.

„Unsere Lohnbewegungen und die Tarifverträge“

Der Referent besprach die Stellung der Gewerkschaften zu den Tarifverträgen, er bezog sich auf den Beschluß, den der Frankfurter Gewerkschaftskongress hinsichtlich der Tarifverträge gefaßt hat und führte aus, daß der Holzarbeiterverband sich auf den Boden dieses Beschlusses gestellt und danach gehandelt habe.

Dem Referent folgte eine eingehende Diskussion. Fendel-Weissenberger sagte, der Streik sei das primitivste Kampfmittel. Der Tarifvertrag sei das Kampfmittel der Zukunft.

